BUDGETANALYSE 2017

Tobias Schweitzer
Romana Brait
Georg Feigl
Markus Marterbauer
Bruno Rossmann
Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 161
Working Paper-Reihe der AK Wien

Herausgegeben von der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Budgetanalyse 2017


November 2016

Die in den Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft veröffentlichten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der AK wieder.
# Inhaltsverzeichnis

<table>
<thead>
<tr>
<th>Inhalt</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Inhaltsverzeichnis</td>
</tr>
<tr>
<td>Abbildungsverzeichnis</td>
</tr>
<tr>
<td>1. Kurzfassung</td>
</tr>
<tr>
<td>2. Gesamtwirtschaftliche Einschätzung</td>
</tr>
<tr>
<td>2.1 Ökonomische Rahmenbedingungen, grundsätzliche budgetpolitische Ausrichtung im Rahmen einer wohlstandsorientierten Wirtschaftspolitik</td>
</tr>
<tr>
<td>2.2 Gesamtstaatliche Budgetplanung im Spannungsfeld von Fiskalregeln und Wohlstandsorientierung</td>
</tr>
<tr>
<td>3. Sonderthemen</td>
</tr>
<tr>
<td>3.1 Beschäftigungspaket für Trendwende am Arbeitsmarkt</td>
</tr>
<tr>
<td>3.2 Finanzausgleich</td>
</tr>
<tr>
<td>3.3 Bekämpfung von Steuervermeidung,-hinterziehung und Geldwäsche</td>
</tr>
<tr>
<td>3.4 Gender Budgeting</td>
</tr>
<tr>
<td>3.5 Budgetäre Kosten des Bankenpakets</td>
</tr>
<tr>
<td>3.6 Beteiligungen</td>
</tr>
<tr>
<td>4. Entwicklung ausgewählter Einnahmen und Ausgaben</td>
</tr>
<tr>
<td>4.1 Einzahlungen</td>
</tr>
<tr>
<td>4.2 Arbeit</td>
</tr>
<tr>
<td>4.3 Pensionen</td>
</tr>
<tr>
<td>4.4 Bildung</td>
</tr>
<tr>
<td>4.5 Personal</td>
</tr>
<tr>
<td>5. Anhang</td>
</tr>
<tr>
<td>5.1 Einzahlungen</td>
</tr>
<tr>
<td>5.2 Erträge</td>
</tr>
<tr>
<td>5.3 Auszahlungen</td>
</tr>
<tr>
<td>5.4 Aufwendungen</td>
</tr>
<tr>
<td>5.5 Rücklagen</td>
</tr>
<tr>
<td>AutorInnen</td>
</tr>
</tbody>
</table>
ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Makroökonomische Annahmen der Budgetplanung ................................................................. 5
Abbildung 2: Öffentliche Nettoinvestitionen (in % des BIP; netto = abzügl. Abschreibungen) ................. 6
Abbildung 3: Neues Magisches Vieleck wohlstandsorientierter Wirtschaftspolitik .............................................. 7
Abbildung 4: Budgeteckwerte 2013-2017 ..................................................................................................... 10
Abbildung 5: Arbeitslosigkeit, Einkommen und Budgetdefizit 2011-2015 .................................................... 11
Abbildung 6: Öffentliche Nettoinvestitionen (in % des BIP) ........................................................................ 13
Abbildung 7: Gesamtstaatliche Einnahmen und Ausgaben im Überblick 2015-2017 ............................... 15
Abbildung 8: Auswahl geplanter bundesinduzierter Investitionen ................................................................. 16
Abbildung 9: Zahlungen des Bundes an Länder und Gemeinden ................................................................. 21
Abbildung 11: Auswirkungen des Bankenpakets auf den Schuldenstand .................................................. 26
Abbildung 12: Unterschiede zwischen Finanzierungs- und Ertragsrechnung 2017 ................................. 30
Abbildung 13: Vergleich BFRG-E (April) und Budgetplanung neu (BVA-E) ................................................. 32
Abbildung 14: Entwicklung der Einzahlungen ............................................................................................. 33
Abbildung 15: Transfers von Unternehmen .................................................................................................. 35
Abbildung 16: Arbeitslose und Arbeitsmarktbudget .................................................................................... 36
Abbildung 17: Pensionen Auszahlungen UG 22 und UG 23 ................................................................. 37
Abbildung 18: Gesamtauszahlungen des Bundes nach Aufgabenbereichen .......................................... 39
Abbildung 19: Öffentliche Ausgaben tertiärer Bildungssektor ................................................................. 41
Abbildung 20: Öffentliche und private Ausgaben für Forschung und Entwicklung ............................... 42
Abbildung 21: Personalauszahlungen ........................................................................................................... 43
Abbildung 22: Personalplan ......................................................................................................................... 44
1. KURZFASSUNG


Die Zahl der Arbeitslosen (inklusive SchulungssteinnehmerInnen) ist seit Beginn der Finanzkrise im Jahr 2008 um fast 170.000 gestiegen. Ihre markante Verringerung sollte das prioritäre Ziel der Wirtschaftspolitik sein. Die AK hat Maßnahmen vorgeschlagen, mit Hilfe derer die Zahl der **Arbeitslosen bis 2020 um 100.000 reduziert** werden könnte. Eine nachhaltige Trendwende auf dem Arbeitsmarkt ist nicht die Aufgabe eines einzelnen Ressorts, sondern kann **nur mit vereinten Anstrengungen** der gesamten Wirtschafts- und Sozialpolitik gelingen. Der Budgetpolitik kommt dabei im Sinn einer gesamtwirtschaftlichen Ausrichtung besondere Bedeutung zu. Erfolgversprechend ist nur eine Kombination aus konkreten beschäftigungsfördernden und angebotssenkenden Maßnahmen:

- Sinnvolle öffentliche Investitionen müssen ausgeweitet werden: Der Bedarf an einer Verbesserung beim öffentlichen Verkehr, im sozialen Wohnbau, bei Energienetzen oder für die Erreichung der Klimziele ist in ganz Europa hoch. Das gilt in besonderem Maß für die rasch an Bevölkerung zunehmenden Ballungszentren wie z.B. Wien; aber auch für die wirtschaftlich zurückbleibenden Regionen Europas, in denen die Abwanderungstendenzen stark sind. Hoher Bedarf und niedrige Finanzierungskosten zeigen, dass jetzt der beste Investitionszeitpunkt ist, doch **behindern die engen EU-Fiskalregeln das ökonomisch Vernünftige**. Deshalb fordert die AK die Einführung einer goldenen Investitionsregel.
- Das Bildungs- und Qualifizierungssystem braucht mehr effizient eingesetzte öffentliche Mittel: Unter dem gesamtwirtschaftlich zu geringen Beschäftigungsvolumen leiden vor allem die nicht

---


- Eine innovative Politik der Arbeitszeitverkürzung leistet einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität und schafft auch zusätzliche Beschäftigung: Sie muss bei der egalitären Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern und der Verringerung der hohen Zahl an Überstunden ansetzen sowie die Ausweitung des gesetzlichen Urlaubsanspruchs, den Ausbau temporärer Bildungskarenzen und die Unterstützung für die Ausweitung der innovativen Arbeitszeitpolitik in Kollektivverträgen (Freizeitoption) umfassen, gerade auch im öffentlichen Dienst.


und budgetären Interesse Österreichs: Eine konjunkturelle Erholung bei den europäischen Handelspartnern und eine Dämpfung des Auswanderungsdrucks in wichtigen Migrationsländern würde sich im Budget und auf dem Arbeitsmarkt positiv niederschlagen.

Zum Budgetentwurf im Detail


Im Personalplan spiegeln sich die Personalaufstockungen mit 1.258 gegenüber dem BVA 2016 zur Bewältigung der Herausforderungen zu Migration, Integration und Terrorismusbekämpfung wider, ebenso wurden auch im Bildungsbereich neue Planstellen für LehrerInnen geschaffen. Aus arbeitsmarktpolitischer Sicht ist die Ausweitung der Planstellen aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit sehr zu begrüßen, wenngleich eine stärkere Fokussierung auf Bildung, Steuerbetrugsbekämpfung und
den Ausbau sozialer Dienstleistungen wünschenswert gewesen wäre. Spielraum wäre im Personalplan noch für 280 zusätzliche Planstellen.


Das Gender Budgeting spielt derzeit im Budgetprozess eine untergeordnete Rolle. Für eine Aufwertung sollten weitere Maßnahmen, wie etwa geschlechtsspezifische Analysen bei größeren Reformvorhaben vorab durchgeführt und bereits gesetzte Maßnahmen evaluiert werden.

---


2. GESAMTWIRTSCHAFTLICHE EINSCHÄTZUNG

2.1 Ökonomische Rahmenbedingungen, grundsätzliche budgetpolitische Ausrichtung im Rahmen einer wohlstandsorientierten Wirtschaftspolitik

Abbildung 1: Makroökonomische Annahmen der Budgetplanung

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Wirtschaftswachstum nominell</td>
<td>2,9</td>
<td>3,6</td>
<td>3,1</td>
<td>6,8</td>
</tr>
<tr>
<td>Wirtschaftswachstum real</td>
<td>1,0</td>
<td>1,7</td>
<td>1,5</td>
<td>+3,2</td>
</tr>
<tr>
<td>Wirtschaftswachstum real je Erwerbstätigen</td>
<td>0,2</td>
<td>0,4</td>
<td>0,4</td>
<td>+0,8</td>
</tr>
<tr>
<td>Outputlücke (in % des BIP)*</td>
<td>-1,2</td>
<td>-0,5</td>
<td>-0,3</td>
<td>0,9</td>
</tr>
<tr>
<td>Outputlücke gemäß aktueller EK-Prognose (3.5., in % des BIP)</td>
<td>-1,0</td>
<td>-0,7</td>
<td>-0,3</td>
<td>0,6</td>
</tr>
<tr>
<td>Outputlücke gemäß IWF-Prognose 4.10. (in % des BIP)</td>
<td>-1,3</td>
<td>-0,8</td>
<td>-0,5</td>
<td>0,8</td>
</tr>
<tr>
<td>unselbständig Beschäftigte</td>
<td>1,0</td>
<td>1,4</td>
<td>1,1</td>
<td>2,5</td>
</tr>
<tr>
<td>Arbeitslose (in Tausend)</td>
<td>354,3</td>
<td>363,1</td>
<td>377,3</td>
<td>+23**</td>
</tr>
<tr>
<td>Arbeitslose inkl. TeilnehmerInnen in Kursmaßnahmen</td>
<td>419,4</td>
<td>429,4</td>
<td>451,4</td>
<td>+32**</td>
</tr>
<tr>
<td>Arbeitslosenquote (nationale Definition)</td>
<td>9,1</td>
<td>9,2</td>
<td>9,4</td>
<td>+0,3**</td>
</tr>
<tr>
<td>Lohn- und Gehaltssumme, brutto je Beschäftigungsverhältnis</td>
<td>3,0</td>
<td>2,9</td>
<td>2,7</td>
<td>5,7</td>
</tr>
<tr>
<td>Gewinne der Unternehmen und Selbständigen</td>
<td>2,3</td>
<td>4,7</td>
<td>4,0</td>
<td>8,8</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: WiFo, ferner BMF, EU-Kommission, IWF. *Implizite eigene Berechnung. ** Veränderung Absolut bzw. in Prozentpunkten.


Trotz der voranschreitenden konjunkturellen Erholung deuten die wirtschaftlichen Fundamentaldaten kein Schließen der seit Beginn der Finanzkrise bestehenden großen Lücke zwischen dem Produktionspotenzial und der tatsächlichen Wirtschaftsleistung (Outputlücke) an. Noch nie


Abbildung 2: Öffentliche Nettoinvestitionen (in % des BIP; netto = abzügl. Abschreibungen)

Quelle: Europäische Kommission (AMECO-Datenbank Mai 2016).

\(^4\) Vgl. Philipp Heimberger, Jakob Kapeller (2016): The performativity of potential output. Pro-cyclicality and path dependency in coordinating European fiscal policies. [http://www.jku.at/icae/content/e248904/e248907/e249185/e309367/wp50.pdf](http://www.jku.at/icae/content/e248904/e248907/e249185/e309367/wp50.pdf)
Manchmal wird der Forderung nach einer EU-Investitionsoffensive mit dem Argument begegnet, das würde zu noch höheren öffentlichen Schulden führen. Dies lässt sich empirisch allerdings nicht belegen. Denn gerade während der Austeritätspolitik der Jahre 2010-2015 sind die Staats Schulden weiter kräftig gestiegen. Dies war vor allem ein Ergebnis der infolge der restriktiven Politik verhaltenen Wirtschaftsentwicklung, die die Staatseinnahmen dämpfte und die Sozialausgaben erhöhte. Mit einem konjunkturellen Impuls seitens der öffentlichen Infrastruktur, der Nachfrage und Stimmung aufführen und eine Ausweitung der privaten Investitionen nach sich ziehen würde, kann es gelingen die wirtschaftliche Stagnation zu überwinden, was eine Voraussetzung für eine Rückführung der zu hohen Staats schulden darstellt. Die niedrigen Zinssätze für Staatsanleihen bringen eine besonders günstige Finanzierungssituation für die notwendige Ausweitung der öffentlichen Investitionen mit sich.


Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik zielt hingegen nicht auf die Erreichung einzelner Ziele wie einem bestimmten Wert für das Budgetdefizit ab, sondern eine möglichst ausgewogene Erreichung der Ziele in den wichtigsten Handlungsfeldern, wie es im traditionellen Konzept des magischen Vie lecks skizziert wird.

Abbildung 3: Neues Magisches Vieleck wohllstandsorientierter Wirtschaftspolitik

Eine nachhaltige gesamtwirtschaftliche Entwicklung besteht dann, wenn Vollbeschäftigung und gute Arbeit, fair verteilter materieller Wohlstand, hohe Lebensqualität sowie eine intakte Umwelt bei...

Österreich weist in Bezug auf die meisten der Indikatoren des magischen Vielecks der Wirtschaftspolitik einen Spitzenplatz in Europa auf. Auch wenn in punkto gerechter Verteilung und nachhaltiger Umweltpolitik noch viel zu tun bleibt, ist die Vollbeschäftigung jenes Ziel, das durch das hohe Niveau der Arbeitslosigkeit am stärksten verfehlt wird.


In Österreich hatte – unter dem Eindruck der restriktiven EU-Vorgaben – die Budgetkonsolidierung bis 2015 Priorität gegenüber der Beschäftigungspolitik. In den Jahren 2016 und 2017 ist die Budgetpolitik leicht expansiv ausgerichtet, was gesamtwirtschaftlich sinnvoll ist. Steuer- und Beitragssenkungen und Mehrausgaben für den Arbeitsmarkt, die Bildung und die öffentlichen Investitionen zeigen einen höheren politischen Stellenwert für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der auch positive Wirkungen nach sich ziehen wird: 2017 ist ein Rückgang der Arbeitslosigkeit möglich. Die Arbeiterkammer fordert darüber hinaus Weichenstellungen mit denen eine längerfristige Trendwende gelingen, und die Zahl der Arbeitslosen bis 2020 um 100.000 reduziert werden kann.

- Die Bundesregierung muss auch auf europäischer Ebene die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit engagiert verfechten, besonders in den Krisenländern und mit einem Schwerpunkt auf Maßnahmen zugunsten von Jugendlichen, die sich nicht in Ausbildung oder Beschäftigung befinden.
- Der Spielräume für sinnvolle Investitionen in die öffentliche Infrastruktur muss in der gesamten EU ausgeweitet werden, besonders in jenen Ländern, die wirtschaftlich immer weiter hinter dem EU-Durchschnitt zurückbleiben und wo deshalb die Abwanderungstendenzen von Arbeitskräften besonders hoch sind. Aus heimischer Sicht gilt dies besonders auch für Kroatien, für dessen BürgerInnen der österreichische Arbeitsmarkt bereits 2020 geöffnet wird.
Verbesserungsbedarf der Infrastruktur besteht aber auch nach wie vor in den rasch an 
Bevölkerung zunehmenden Ballungsräumen Österreichs: Wann, wenn nicht jetzt soll investiert 
werden, wo hoher Bedarf im sozialen Wohnbau, öffentlichen Verkehr, Energienetzen, soziale 
Infrastruktur und im ökologischen Umbau der Wirtschaft besteht, die Finanzierungskosten sich auf 
einem Rekordtief befinden und der Beschäftigungseffekt derartiger Maßnahmen besonders hoch 
ist?

Verstärkte Anstrengungen zur Umschichtung von Budgetmitteln zugunsten der Ausweitung 
sozialer Dienstleistungen in der Elementarpädagogik, im Bereich von Ganztagsschulen, 
Sozialarbeit und Pflege sind notwendig. In diesen Bereichen besteht hohe unbefriedigte 
Nachfrage, und die Beschäftigungseffekte gehören zu den höchsten aller Politikinterventionen.

Die Bemühungen zur Reform der Abgabenstruktur müssen fortgesetzt werden, indem Einkommen 
aus Arbeitsleistung entlastet und die rasch wachsenden Vermögensbestände, 
Vermögensübertragungen und Vermögenseinkommen stärker zur Finanzierung des 
Staatshaushalts herangezogen werden.

Schließlich gilt es das hohe Niveau der Industriebeschäftigung durch wirtschaftliche und soziale 
Innovationen abzuschirmen. Österreich befindet sich auch in Bezug auf die F&E-Quote in der EU-
Spitzengruppe und weist den höchsten Anteil staatlich finanzierter F&E-Ausgaben aller EU-Länder 
auf. Die Herausforderungen der Digitalisierung und des generell raschen technologischen 
Wandels können auf dieser Basis gut angenommen werden, verlangen allerdings auch nach 
weiteren Innovationsanstrengungen, besonders in der Grundlagenforschung.

Besondere Bedeutung kommt angesichts der enormen Zunahme des Arbeitskräfteangebots 
innovativen Maßnahmen zur Verkürzung der geleisteten Arbeitszeit zu. Sie müssen bei der 
egalitäreren Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern sowie 
der hohen Zahl an Überstunden ansetzen sowie die Ausweitung des gesetzlichen 
Urlaubsanspruchs, den Ausbau temporärer Bildungskarenzen und Maßnahmen zur Reduktion der 
Wochenarbeitszeit, etwa die Unterstützung für die Ausweitung der innovativen Politik in 
Kollektivverträgen umfassen. Das Vorzeigemodell der Freizeitoption in den Kollektivverträgen der 
Elektro- und Metallindustrie muss rasch auf seine Übertragbarkeit auf den öffentlichen Dienst 
überprüft werden. Solche progressive Formen von Arbeitsmarktreformen tragen nicht nur 
wenentlich zur Schaffung von Beschäftigung bei, sondern haben auch positive Effekte auf die 
Gesundheit und das Wohlbefinden der Beschäftigten.

Bildung und Qualifikation bleiben wichtige Determinanten der Arbeitsmarktentwicklung: Verstärkte 
Anstrengungen in der Elementarpädagogik, dem Schul- und Studienwesen und der aktiven 
Arbeitsmarktpolitik sind deshalb unverzichtbare Bestandteile einer erfolgreichen 
Beschäftigungspolitik.

Eine rasche Integration in den Arbeitsmarkt bzw. in das Bildungssystem stellt einen wichtigen 
Faktor für eine erfolgreiche Bewältigung der Flüchtlingsbewegungen dar. Dadurch können hohe 
Folgekosten für die Betroffenen, die öffentliche Hand und die gesamte Gesellschaft vermieden 
werden.

---

ist-geld-ist-zeit-zwischenresumee-zur-freizeitoption
2.2 Gesamtstaatliche Budgetplanung im Spannungsfeld von Fiskalregeln und Wohlstandsorientierung

Abbildung 4: Budgeteckwerte 2013-2017

<table>
<thead>
<tr>
<th>Eckwerte der staatlichen Haushalte (in % des BIP)</th>
<th>2013</th>
<th>2014</th>
<th>2015</th>
<th>2016</th>
<th>2017</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Struktureller Budgetsaldo</td>
<td>-1,2</td>
<td>-0,7</td>
<td>0,1</td>
<td>-0,9</td>
<td>-0,9</td>
</tr>
<tr>
<td>ohne zusätzl. Flüchtlingskosten (geg. 2014)</td>
<td>-1,2</td>
<td>-0,7</td>
<td>0,3</td>
<td>-0,5</td>
<td>-0,5</td>
</tr>
<tr>
<td>Struktureller Budgetsaldo gemäß EU-Frühpjahrsprospekte (3.5.)</td>
<td>-1,2</td>
<td>-0,7</td>
<td>0,0</td>
<td>-0,9</td>
<td>-1,2</td>
</tr>
<tr>
<td>Struktureller Budgetsaldo gemäß IWF-Prognose (4.10.)</td>
<td>-1,0</td>
<td>-0,3</td>
<td>0,2</td>
<td>-0,9</td>
<td>-1,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Gesamtstaatlicher Maastricht-Saldo</td>
<td>-1,4</td>
<td>-2,7</td>
<td>-1,0</td>
<td>-1,4</td>
<td>-1,2</td>
</tr>
<tr>
<td>Bundessektor</td>
<td>-1,4</td>
<td>-2,8</td>
<td>-1,2</td>
<td>-1,6</td>
<td>-1,4</td>
</tr>
<tr>
<td>Landes- und Gemeindesektor</td>
<td>-0,1</td>
<td>0,0</td>
<td>0,1</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Sozialversicherungsträger</td>
<td>0,1</td>
<td>0,1</td>
<td>0,1</td>
<td>0,1</td>
<td>0,1</td>
</tr>
<tr>
<td>Maastricht-Saldo ohne Banken-Transferzahlungen</td>
<td>-0,8</td>
<td>-1,1</td>
<td>-0,5</td>
<td>-1,3*</td>
<td>-1,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Maastricht-Staatschuldenquote</td>
<td>81,3</td>
<td>84,4</td>
<td>85,5</td>
<td>83,2</td>
<td>80,9</td>
</tr>
<tr>
<td>Staatschuldenquote netto (=Finanzschulden-Finanzguthaben)</td>
<td>60,2</td>
<td>59,5</td>
<td>59,1</td>
<td>58,5</td>
<td>58,0</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: BMF, Statistik Austria (Maastricht-Werte bis 2015), Eurostat (Banken bis 2015), IWF-Prognose 4.10. (Nettofinanzschuldenquote). *Keine Information des BMF - es wird angenommen, dass die ausgewiesenen Einmalmaßnahmen (0,1 % des BIP) Bankenkosten darstellen.

2.2.1 Einschätzung des Budgetpfades


Der Handlungsspielraum der Wirtschaftspolitik wird wesentlich beschränkt, wenn für das strukturelle Budgetdefizit eine starre höchstzulässige Grenze festgelegt und diese in den Mittelpunkt der Politik gestellt wird. Das gilt insbesondere dann, wenn das Ziel mit 0,45 % des BIP (innerstaatliches Ziel) bzw. 0,5 % des BIP (EU-Fiskalregel) in Hinblick auf das eigentliche wirtschaftspolitische Teilziel der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte unnötig restriktiv ist. Hierfür wäre ein strukturelles Defizit von 1,5 bis 2 % des BIP ausreichend, weil bei einer langfristig prognostizierten nominellen Wachstumsrate des BIP von jährlich 3,4 % gemäß EU-Kommission die Bruttostaatsschuldenquote unter 60 % des BIP stabilisiert werden kann. Nachdem 2016 die Maßnahmen zur Abwicklung der HETA finalisiert werden konnten und der Abbau der beiden anderen Abbaugesellschaften (KA Finanz AG und immigon) weiter vorangetrieben wird, zeigt sich nun der Rückgang der Staatschuldenquote (von knapp 86 % 2015 auf rund 81 % des BIP 2017) durch das niedrige Defizit auch in den Eckwerten.

Hält man an den restriktiven Zielwerten für das strukturelle Defizit fest, wird die Erreichung anderer wirtschaftspolitischer Ziele schwierig. Das gilt insbesondere für das Ziel der Volksbeschäftigung: Bspw. würde ein zusätzlicher finanzieller Spielraum von 1 % des BIP für höhere Ausgaben für soziale Dienstleistungen etwa 60.000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Ebenfalls gefährdet ist eine breiter definierte Staatstätigkeit selbst, zu der insbesondere öffentliche Investitionen zählen: Zumindest so lange die Bevölkerung weiter wächst, ist für eine Aufrechterhaltung des...

7 Geht man – wie die EU-Kommission in ihrer Langfristprognose – von einem langfristigen nominellen Wirtschaftswachstum von 3,5 % pro Jahr sowie der Einhaltung des innerstaatlichen Ziels eines strukturellen Defizits von 0,45 % des BIP aus, würde die Schuldenquote (sehr) langfristig auf einen unnötig niedrigen Wert von 13 % des BIP konvergieren.

Zwar war die heimische Konsolidierungsstrategie im europäischen Vergleich umsichtiger weil stärker auf die konjunkturell weniger belastenden Einnahmenerhöhungen fokussiert und die öffentlichen Investitionen schonend, doch ging sie mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote und einem Rückgang der real verfügbaren Haushaltseinkommen pro Kopf (inkl. sozialer Sachtransfers) einher. 2015 schoss sie mit der Übererfüllung der Budgetvorgaben (eine kleiner struktureller Überschuss statt einem Defizit von 0,5 % des BIP) über das Ziel hinaus.

Abbildung 5: Arbeitslosigkeit, Einkommen und Budgetdefizit 2011-2015

Quelle: Statistik Austria (Einkommen), WIFO (Arbeitslosigkeit), BMF (strukturelles Defizit).

Im Sinne einer ausgewogenen wohlstandsorientierten Wirtschaftspolitik ist dieses Resultat nun zu kritisieren, weil die Übererfüllung des Budgetziels die Finanzierung von bis zu 30.000 Arbeitsplätzen verhindert hat. Wie in unserer Budgetanalyse 2014-2018 bereits gefordert, hätte 2015 die Arbeitslosigkeit durch die Umsetzung weiterer Offensivmaßnahmen stärker bekämpft werden sollen. Insofern ist es wirtschaftspolitisch erfreulich, dass die fiskalpolitische Ausrichtung durch Steuersenkungen, zusätzliche Ausgaben für Arbeitsmarkt, Bildung, Investitionen sowie die Integration und Versorgung geflohener Menschen sowohl heuer als auch im kommenden Jahr insgesamt nicht mehr kontraktiv sein wird. Gemäß der an die europäische Kommission übermittelten Übersicht über die Haushaltsplanung summieren sich die 2017 zusätzlich wirksamen Maßnahmen – allen voran die Steuerreform – auf 0,3 % des BIP (Einnahmenausfall von 0,6 % des BIP und Ausgabenreduktion um 0,3 % des BIP).

---

Das steht allerdings im Widerspruch zum gegenüber dem Vorjahr unveränderten geplanten strukturellen Defizit. Obwohl die expansivere Budgetpolitik zu einem Anstieg des strukturellen Defizits führen müsste, sprechen vier Gründe dafür, dass es letztlich besser als geplant ausfallen könnte:

- **Prognose der EU-Kommission in Bezug auf das österreichische Budgetdefizit stets deutlich übertrieben** im Vergleich zum tatsächlichen Ergebnis. Zieht man den durchschnittlichen Prognosefehler der letzten Jahre ab, wäre das strukturelle Defizit sowohl 2016 als 2017 unter 0,5 % des BIP liegen.

- **Mehrkosten durch den Anstieg der Zahl geflohener Menschen** gegenüber 2014 werden bei der Überprüfung der Einhaltung der europäischen Fiskalregeln ausgeklammert (jeweils ca. 0,4 % des BIP 2016 und 2017), da sie vor allem auf die fehlende Solidarität anderer EU-Staaten zurückzuführen und damit nicht als „Verfehlung“ der Regierung einzustufen sind.

- **Zinsausgaben** scheinen abermals überschätzt: Obwohl für Anleihen mit 10-jähriger Laufzeit die Zinssatz nun schon seit geraumer Zeit nahe 0 % liegt und die Staatschuldenquote sinkt, kalkuliert das BMF nur mit einem Rückgang der impliziten Verzinsung von 2,8 % (2015) auf 2,5 %.

- **Pensionszahlungen** wurden zwar für 2017 im Vergleich zu früheren Schätzungen stark zurückgenommen, aber wie auch das neue Gutachten der Pensionskommission zeigt, dürften sie immer noch zu hoch angesetzt sein.

Gleichzeitig gibt es auch **Argumente, die für ein höheres Defizit sprechen:**


- **Bildungsbereich** ist die strukturelle Unterdotierung nicht vollständig behoben.

- **Initiativen der Bundesregierung** (Einmalzahlung für PensionistInnen, Wirtschaftspaket, Forderungen der Länder und Gemeinden im Finanzausgleich, etc.) könnten zwar zum Teil mittelfristig einen hohen Selbstfinanzierungsgrad aufweisen, werden aber ohne explizite Gegenfinanzierungsmaßnahmen 2017 das Defizit erhöhen.

- **Wahrscheinliche negative Planabweichung bei Ländern und Gemeinden**: So ergeben die auf der Homepage des BMF zu findenden „Überleitungstabellen“ der Haushaltsplanung der Bundesländer (ohne Burgenland) 2016 ein Maastricht-Defizit von 1 Mrd. Euro, also rund 0,3 % des BIP. Dieser Wert ist angesichts der steigenden Integrations- und Betreuungskosten für geflohene Menschen und den Einnahmausfällen durch die Steuerreform plausibel, entspricht allerdings nicht der für sie im Budgetbericht weiterhin angenommen „schwarzen Null“ beim gesamtstaatlichen Maastricht-Saldo. Da die Länder und Gemeinden gemäß der innerösterreichischen Fiskalregeln (Österreichischer Stabilitätsplan 2012) ein strukturelles Defizit von 0,1 % des BIP erreichen dürfen, ist nicht verständlich, weshalb das BMF 2017 von einer Übererfüllung im Ausmaß von knapp 0,2 % des BIP ausgeht. Ein solche Übererfüllung wäre weder wünschenswert (Investitionsbedarf in den Bereichen Integration, Kinderbetreuung, örtlicher Verkehr, etc.) noch verhältnismäßig (angesichts der geplanten Überschreitung der

---


Im Sinne der **goldenene Investitionsregel der Finanzpolitik** sollte der finanzielle *Spielraum auf allen Ebenen* nicht nur ausgeschöpft, sondern durch eine Reform des Österreichischen Stabilitätspaktes erweitert werden. Angesichts von Nettoinvestitionen in der Höhe von gut 400 Mio. Euro im Jahr 2015 hätte sich beispielsweise für die Gemeinden ein zusätzlicher Spielraum von 0,13 % des BIP ergeben (bzw. 0,08 % des BIP im Durchschnitt der letzten 10 Jahre) – und noch mehr für die Investitionen selbst. In den Bundesländern hätte die goldene Investitionsregel allerdings keine unmittelbare Auswirkung, nachdem ihr Kapitalstock nun das dritte Jahr in Folge leicht geschrumpft ist.

**Abbildung 6: Öffentliche Nettoinvestitionen (in % des BIP)**

Quelle: Statistik Austria (Notifikation 22.9.2016), eigene Berechnungen.

Sollte die kurz nach Fertigstellung der Budgetanalyse veröffentlichte Wirtschaftsprognose der Europäischen Kommission abermals ein strukturelles Defizit von über 1 % des BIP ergeben (inklusive Flüchtlingsausgaben), so wäre mit einer neuerlichen **Aufforderung zu Sparmaßnahmen aus Brüssel** noch im November zu rechnen. Dieser sollte jedoch aus mehreren Gründen nicht nachgekommen werden:


---

Bei der „Strafe“ handelt es sich lediglich um eine Kaution, die mit neuerlicher Einhaltung der Fiskalregeln wieder – inklusive Zinsen – zurückgezahlt wird (nur bei Eröffnung eines Defizitverfahrens – also bei einem Maastricht-Defizit von über 3 % des BIP – könnte sie in eine Strafe umgewandelt werden). Die Folge einer Verletzung der Grenzwerte für das strukturelle Defizit wäre somit wirtschaftlich weit weniger schädlich als jene eines neuerlichen Sparpakets mit seiner negativen Wirkung auf die ohnehin bereits dramatisch hohe Arbeitslosigkeit.


Ua als Folge der vorsichtigen Budgetplanung war auch die Qualität der Budgetprognosen der EU-Kommission extrem schlecht, sodass sie sich als Basis für wirtschaftspolitische Empfehlungen disqualifiziert hat: Das strukturelle Defizit war stets um Milliarden überschätzt (was nur zum kleinen Teil durch unterjährig beschlossene Maßnahmen erklärt werden kann).

Im Zweifelsfall sollten wohlstandsorientierte Maßnahmen der Wirtschaftspolitik – wie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder das Bemühen um sozialen Ausgleich – Vorrang gegenüber wohlstandshemmender restriktiver Regel(über)erfüllung haben.


---


2.2.2 Gesamtstaatliche Ausgaben und Einnahmen, ökonomische Gliederung

Abbildung 7: Gesamtstaatliche Einnahmen und Ausgaben im Überblick 2015-2017


Entgegen dem öffentlich beschworenen Mythos des „Ausgabenproblems“ bleibt die Ausgabendynamik weiterhin gedämpft. Zwar wachsen die Ausgaben 2017 planmäßig um 5 Mrd. Euro, doch da die Wirtschaftsleistung um 11 Mrd. Euro zulegen sollte, sinkt die Ausgabenquote leicht auf 50,5 % des BIP. Nachdem nicht einmal die monetären Sozialleistungen, die insbesondere aus den Pensionen bestehen, rascher wachsen als die Wirtschaft, kann von „aus dem Ruder laufenden Staatsausgaben“ auf Basis der BMF-Daten keine Rede sein. Einzig die sozialen Sachleistungen (z.B. Gesundheitsleistungen und Kinderbetreuung) steigen stärker an, was angesichts ihres Nutzens für die Bevölkerung sowie die volkswirtschaftlich hohen Beschäftigungseffekte zu begrüßen ist. Sie stellen eine jener Kategorien dar, die im Sinne einer aktiven wohlstandsorientierten Wirtschaftspolitik auch ein stärkeres Gewicht in der Ausgabenstruktur bekommen sollten.

Ähnliches gilt für die Investitionen (siehe auch Abschnitt 3.1. Beschäftigungspaket für Trendwende am Arbeitsmarkt), die gerade angesichts der schwachen Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung überdurchschnittlich stark zulegen sollten. Auch wenn die neue Investitionszuwachsprämie für Gemeinden zu einem noch stärkeren Anstieg führen sollte, zeigt sich ein überdurchschnittlicher Anstieg im Budgetbericht noch nicht. Dies verdeutlicht einmal mehr, dass die Einführung einer goldenen Investitionsregel gefordert ist. Einschränkend ist jedoch darauf hinzuweisen, dass in Österreich die öffentlich finanzierte Infrastruktur nur zum Teil in der VGR als staatliche Investition erfasst wird. Energieunternehmen oder die ASFINAG sind zwar staatlich kontrolliert, gelten statistisch...

Abbildung 8: Auswahl geplanter bundesinduzierter Investitionen

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Investitionen (exkl. Beteiligungen) Bundesbudget</td>
<td>320,2 235,2 276,4 405,5 26,6% 46,7%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Investitionen aus dem Bundesbudget</td>
<td>683,6 626,7 620,4 734,1 7,4% 18,3%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Breitbandförderung im DB 41.02.03, Transfers</td>
<td>1,4 0,0 30,0 110,0 7757,1% 266,7%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Finanzierungsbeiträge gem. § 4 Privatbahngesetz</td>
<td>42,5 47,0 47,0 48,0 12,9% 2,1%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Bundesbeitrag U-Bahnbau, UG 41</td>
<td>78,0 78,0 78,0 78,0 0,0% 0,0%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Klinischer Mehraufwand DB 31.02.01</td>
<td>68,6 48,6 19,6 62,1 -9,4% 216,3%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Siedlungswasserwirt. u. Gewässerökologie, UG 43</td>
<td>339,8 334,6 348,6 340,2 0,1% -2,4%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Umweltförderung im Inland (UFI), UG 43</td>
<td>61,4 48,9 48,3 46,9 -23,6% -2,9%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Thermische Sanierung, UG 43</td>
<td>67,3 45,0 30,0 30,0 -55,4% 0,0%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>KLI.EN (ca. 50% investitionsrelevant), UG 43</td>
<td>24,6 24,6 18,9 18,9 -23,2% 0,0%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Infrastrukturinvestitionen ausgegliederter Gesellschaften</td>
<td>3.039,2 3.196,0 3.434,8 4.027,9 32,5% 17,3%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>BIG</td>
<td>424,6 596,0 608,0 721,9 70,0% 20,2%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>ÖBB-Infrastruktur</td>
<td>1.655,6 1.600,0 1.767,0 1.852,0 11,9% 4,8%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>ASFINAG</td>
<td>959,0 1.000,0 1.067,0 1.454,0 51,6% 36,3%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>F&amp;E-Ausgaben des Bundes*</td>
<td>3.160,0 3.151,0 3.183,9 3.255,1 3,0% 2,2%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Gesamtvolumen</td>
<td>7.202,9 7.208,9 7.515,5 8.422,6 16,9% 12,1%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>


Ausgabenseitig stechen noch zwei weitere Kategorien hervor. Erstens die Vermögenstransfers, die vor allem durch die Bankenhilfen geprägt werden und dementsprechend starke Schwankungen aufweisen. Zweitens sind die Zinszahlungen zu nennen, die aufgrund der Phase historisch niedriger Zinssätze sogar nominell kontinuierlich zurückgehen.
3. SONDERTHEMEN

3.1 Beschäftigungspaket für Trendwende am Arbeitsmarkt


3.1.1 Angebot und Nachfrage ins Lot bringen

In den vergangenen Jahren ist das Arbeitskräfteangebot stark gestiegen und hat wesentlich zum Anstieg der Arbeitslosigkeit beigetragen. 2015 lag das Arbeitskräfteangebot laut Hauptverbandsdaten um rund 300.000 Personen höher als 2008. Der überwiegende Teil resultiert aus Zuwanderung, daneben spielt auch die höhere Erwerbsbeteiligung von Älteren und Frauen eine Rolle.


3.1.1.1 Faire Verteilung der Arbeitszeit


3.1.1.2 Unfaire Konkurrenz einschränken und soziale Schieflagen beseitigen

Österreichs Arbeitsmarkt ist in einer exponierten Lage: durch den Arbeitskräftezuzug aus den neuen EU Mitgliedstaaten, die TageseinpendlerInnen und die große Zahl an entsendeten Arbeitskräften wird das Arbeitskräfteangebot stark erhöht.

Die grenzüberschreitenden Entsendungen haben allein von 2014 auf 2015 von ca. 106.000 auf knapp 134.000 stark zugenommen. Mängel in der Entsenderichtlinie und beim Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping müssen beseitigt werden; sie führen dazu, dass nach Österreich entsandte ArbeitnehmerInnen den Unternehmen billiger kommen als jene, die hierzulande angemeldet sind. Das
Personal der Finanzpolizei, das für die Einhaltung des Gesetzes gegen Lohn- und Sozialdumping zuständig ist, muss auf 1.000 Stellen verdoppelt und nicht durch Reformen und Umgliederungen – wie jüngst angekündigt – an ihrer Arbeit gehindert werden.

3.1.1.3 Aus- und Weiterbildung ausbauen, Qualifizierungsstipendium schaffen


3.1.2 Öffentliche Investitionen – Absicherung der Lebensqualität, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit


3.1.2.1 Investitionspaket für Länder & Gemeinden – Absicherung der Lebensqualität durch regionale Entwicklung

Der wachsende Investitionsbedarf beschränkt sich nicht nur auf die Bundesebene, sondern gilt auf regionaler Ebene auch für Länder und Gemeinden. Die Regionen stehen – ua bedingt durch die verstärkte Abwanderung in die Städte – vor unterschiedlichen Herausforderungen: Während den ländlichen, meist kleinen, Abwanderungsgemeinden – trotz hoher Transfers durch die Länder – die finanzielle Grundlage zur Aufrechterhaltung ihrer Infrastruktur abhandenkommt, sind die Städte mit einem Bevölkerungswachstum konfrontiert, für das ein beträchtliches Ausmaß an Infrastruktur überhaupt erst geschaffen werden muss. Der finanzielle Spielraum für Investitionen nach Berücksichtigung der bereits bestehenden Ausgabenverpflichtungen ist gerade für Städte mit über 50.000 EinwohnerInnen eng, die durchschnittlich nur etwa 1 % der Einnahmen für Investitionen aufwenden können.


- Pflege: Wenngleich nicht alle Mittel des Pflegefonds als Investitionsausgaben im Sinne der VGR gewertet werden können, so war die Einrichtung des Pflegefonds, der zu 2/3 vom Bund und zu 1/3 von Ländern und Gemeinden gespeist wird, die entscheidende Stütze für die verstärkten


3.1.2.2 Turnaround am Arbeitsmarkt ist möglich

Die Trendwende am Arbeitsmarkt kann erreicht werden. Dies ist nicht die Aufgabe eines einzelnen Ressorts, sondern kann nur mit vereinten Anstrengungen gelingen. Das Ziel, bis 2020 die Zahl der Arbeitslosen um 100.000 zu reduzieren, ist es wert, von der Regierung mit gemeinsamen Kräften angegangen zu werden.

Oft wird vergessen, dass Nichthandeln auch Kosten verursacht – diese sind oft höher als wenn Geld rechtzeitig eingesetzt wird.
### 3.2 Finanzausgleich

**Abbildung 9: Zahlungen des Bundes an Länder und Gemeinden**


Bereits im Arbeitsprogramm der Bundesregierung\(^{17}\) wurde das Ziel einer Reform des FAG 2008, die mit 01.01.2017 in Kraft treten soll, festgehalten. Seit 2015 erarbeiten die Finanzausgleichspartner in Arbeitsgruppen Reformvorschläge, die schlussendlich in ein neues Finanzausgleichsgesetz (FAG)

\(^{17}\) Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung 2013-2018: https://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=53264

Eine sozialökologische Transformation kann nur gelingen wenn alle Ebenen miteinbezogen werden. Insbesondere in den wachsenden Ballungsregionen braucht es genügend Mittel für Investitionen in wichtige Bereiche wie der Daseinsvorsorge, Pflege, Kinderbetreuung oder auch Integration. Im Abschnitt 3.1.2 Öffentliche Investitionen werden daher erste Ansatzpunkte für ein **regionales Investitions paket** umrissen.


In der Verteilungswirkung der **Transfers zwischen Ländern und Gemeinden** zeigt sich eine zunehmende Mittelverschiebung zu Gunsten der Länder. Gemeinden übernehmen insbesondere im Sozialbereich zahlreiche Ko-Finanzierungen ohne Mitbestimmungsrechte und werden dadurch sowie

aufgrund der landesbestimmten Förderpolitik (etwa bei den Gemeindebedarfszuweisungen) in ihrer finanziellen Autonomie immer mehr eingeschränkt.\textsuperscript{19} Um eine weitere Zunahme der Belastung der Gemeinden im Finanzausgleich zwischen Ländern und Gemeinden zu verhindern, braucht es einerseits eine rechtliche Gleichstellung der Gemeinden mit Bund und Ländern bei Vereinbarungen zwischen den Gebietskörperschaften und andererseits eine Reduktion der Transferströme zwischen Ländern und Gemeinden insgesamt, wobei die verbleibenden Transferströme transparent gestaltet sowie an klare Kriterien gebunden werden müssen. Innerhalb der Gemeinden verschieben sich die Mittel durch die Transfers mit den Ländern in Richtung der kleinen Gemeinden. Angesichts des raschen Wachstums der Städte, muss die öffentliche Infrastruktur (Kinderbetreuung, sozialer Wohnbau, Pflege, öffentlicher Verkehr u.a.) in den Ballungszentren weiter ausgebaut werden.

3.3 Bekämpfung von Steuervermeidung,-hinterziehung und Geldwäsche

Im Jahresverlauf 2016 erlangten die Themen Steuerhinterziehung, -vermeidung und Geldwäsche sowie die Rolle der Offshore-Finanzzentren (Steueroasen) bei diesen Delikten durch die Aufdeckungen eines internationalen JournalistInnen-Netzwerks (ICIJ) zu den Panama und Bahamas Papers erneut öffentliche Aufmerksamkeit.

Weltweit fließt etwa die Hälfte des Handels durch Steueroasen - in Europa haben 99 der 100 größten Unternehmen aus GB, F und NL Tochterunternehmen in Steueroasen. Der Ökonom Gabriel Zucman schätzt, dass etwa 8 % des 73.000 Mrd. Euro umfassenden weltweiten privaten Finanzvermögens offshore geparkt wird, wobei 80 % davon nicht versteuert werden. Trotz dieser enormen Summen wurden auf inter- und supranationaler Ebene bislang zu zögerliche Schritte zur Eindämmung von Steuervermeidung und Steuerflucht unternommen.


Zwei EU-Richtlinien wurden in Österreich aktuell umgesetzt:


Letztlich ist der Bekämpfung des milliardenschweren Mehrwertsteuerbetruges mehr Aufmerksamkeit zu schenken. So sind etwa mit der starken Zunahme des internationalen Online-Versandhandels Lücken zudem in der Verfolgungsmöglichkeit von Mehrwertsteuerbetrag entstanden, die es zu bekämpfen gilt.

3.4 Gender Budgeting


Dementsprechend wenig verwunderlich ist es, dass die Staatszielbestimmung bei den Reformvorhaben der Bundesregierung keine relevante Rolle spielt. Um eine qualitative Verbesserung zu erreichen, braucht es eine baldige Evaluierung des Gender Budgeting. Diese Evaluierung sollte nicht nur verwaltungsintern erfolgen, sondern die wichtigsten Akteure des Budgetprozesses sowie wichtige Stakeholder miteinbeziehen. Zweitens könnten schnell Verbesserungen durch einige konkrete Maßnahmen erreicht werden:

- Analyse der Auswirkungen von größeren Reformvorhaben auf die Geschlechter (Verteilungswirkung, Nutzeninzidenzanalysen, Darstellung von weiteren indirekten Effekten)
- Darstellung der wichtigsten geschlechterspezifischen Zielsetzungen der Bundesregierung und ihrer budgetären Auswirkungen im Budgetbericht
- Erstellung eines jährlichen Berichts an den Budgetausschuss des Nationalrats
- Festlegung & Darstellung von ressortübergreifenden mittelfristigen strategischen Zielsetzungen und Schwerpunkten
- bessere Erfassung von geschlechterspezifischen Daten

3.5 Budgetäre Kosten des Bankenpakets


http://blog.imag-gendermainstreaming.at/


Abbildung 11: Auswirkungen des Bankenpakets auf den Schuldenstand

<table>
<thead>
<tr>
<th>Entwicklung des Schuldenstands in % des BIP</th>
<th>2008</th>
<th>2009</th>
<th>2010</th>
<th>2011</th>
<th>2012</th>
<th>2013</th>
<th>2014</th>
<th>2015</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Schuldenstand</td>
<td>68,8</td>
<td>80,1</td>
<td>82,4</td>
<td>82,6</td>
<td>82,0</td>
<td>81,3</td>
<td>84,4</td>
<td>85,5</td>
</tr>
<tr>
<td>Bankenpaket</td>
<td>0,3</td>
<td>3,0</td>
<td>7,5</td>
<td>6,6</td>
<td>5,9</td>
<td>5,1</td>
<td>8,5</td>
<td>11,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Schuldenstand ohne Bankenpaket</td>
<td>68,5</td>
<td>77,1</td>
<td>74,9</td>
<td>76,0</td>
<td>76,1</td>
<td>76,2</td>
<td>75,9</td>
<td>74,5</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: Statistik Austria, Eurostat (Stand 30.9.2016), eigene Berechnungen.

zum öffentlichen Schuldenstand. Betrachtet man die Entwicklung der Schuldenquote exklusive Bankenpaket, ist zu erkennen, dass diese seit 2014 rückläufig ist.


3.6 Beteiligungen


Betrachtet man den Voranschlag des Bundes insgesamt, so ist seit der Bundeshaushaltsrechtsreform zunächst zu klären, aus welcher Sichtweise dies erfolgt. Seit 2013 gibt es die neue, an privatwirtschaftliche Grundsätze orientierte Ertragsrechnung, in der versucht wird den tatsächlichen wirtschaftlichen Erfolg im jeweiligen Kalenderjahr zu ermitteln. Parallel wird die alte Finanzierungsrechnung weiterverwendet.

Betrachtet man den Unterschied zwischen den beiden Rechnungen, so stechen vor allem folgende Punkte hervor:

- Die in der Ertragsrechnung deutlich höheren „Transfers“ an Unternehmen, die in erster Linie auf die Zahlungsmodalitäten beim Ausbau der Schieneninfrastruktur zurückgehen.
- Zinsausgaben: Die Aufwände sind wesentlich höher als die Auszahlungen. Das ist auf die Periodenabgrenzung der Zinszahlungen sowie die Ausgabe der Bundesanleihen in Form von Aufstockungen bestehender Anleihen (damit derzeit zu höheren Zinsen, die Ausgabeaufschläge und damit einen niedrigeren Nettofinanzierungsbedarf bewirken) zurückzuführen.
- Die Investitionen sind um 13 % niedriger als die Abschreibungen. Das bedeutet, dass im Kernhaushalt des Bundes die Nettoinvestitionen negativ sind bzw. in der Vergangenheit das Investitionsniveau höher war.
- Obwohl Wertberichtigungen in der Ertragsrechnung den schlagend werdenden Haftungen und geringeren operativen Einnahmen in der Finanzierungsrechnung – abgesehen von unterschiedlichen Zeiträumen – ähnlich sein müssten, ergeben sich Differenzen. Im Rechnungsabschluss für 2015 bestätigt sich diese These, da die Erträge dann tatsächlich klar höher waren als die Einzahlungen (im Voranschlag gab es auch damals keinen Unterschied).
Ob sich die Umstellung auf die eigentlich wirtschaftlich sinnvollere Ertragsrechnung durchsetzen wird, ist nach den Erfahrungen der ersten vier Jahren offen. Folgende Faktoren spielen für die mangelnde Durchsetzung eine Rolle:

- geringer Unterschied bei der Mehrzahl der Budgetansätze (und damit geringer Mehrwert der neuen Information)
- die mittelfristige Budgetplanung liegt ausschließlich in Form der Finanzierungsrechnung vor
- Zeitverzögerung bei der Erfolgsermittlung
- noch relativ hohe Anfälligkeit für Buchungsfehler und damit auch für Revisionen der vorläufigen Ergebnisse
- die inkonsequente Anwendung (insbesondere bei der periodengerechten Verrechnung der Abgaben)

Aus diesen Gründen wird in dieser Analyse **in Folge grundsätzlich nur** der Voranschlag gemäß der Finanzierungsrechnung weiter ausgeführt.


Abbildung 13: Vergleich BFRG-E (April) und Budgetplanung neu (BVA-E)

<table>
<thead>
<tr>
<th>Rubrik 0,1 - Recht und Sicherheit</th>
<th>BFRG-E** April</th>
<th>RL-finanz. Auszahl.</th>
<th>BVA-E Oktober</th>
<th>abs. Ver. exkl. RL</th>
<th>Veränderung inkl. RL</th>
<th>in %</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>01 Präsidentschaftskanzlei</td>
<td>9.643,4</td>
<td>79,8</td>
<td>9.723,4</td>
<td>80,0</td>
<td>0,2</td>
<td>0,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>02 Bundesgesetzgebung</td>
<td>211,3</td>
<td>3,4</td>
<td>214,7</td>
<td>3,4</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>03 Verfassungsgerichtshof</td>
<td>15,2</td>
<td>0,5</td>
<td>15,7</td>
<td>0,5</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>04 Verwaltungsgerichtshof</td>
<td>19,8</td>
<td>0,1</td>
<td>19,9</td>
<td>0,1</td>
<td>0,0</td>
<td>-0,1%</td>
</tr>
<tr>
<td>05 Volksanwaltschaft</td>
<td>10,5</td>
<td>0,3</td>
<td>10,8</td>
<td>0,3</td>
<td>0,0</td>
<td>-0,4%</td>
</tr>
<tr>
<td>06 Rechnungshof</td>
<td>31,7</td>
<td>1,3</td>
<td>33,0</td>
<td>1,3</td>
<td>0,0</td>
<td>-0,1%</td>
</tr>
<tr>
<td>10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen</td>
<td>452,9</td>
<td>4,0</td>
<td>457,2</td>
<td>4,3</td>
<td>0,3</td>
<td>0,1%</td>
</tr>
<tr>
<td>11 Inneres</td>
<td>3.459,0</td>
<td>9,1</td>
<td>3.468,1</td>
<td>9,1</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>12 Äußeres</td>
<td>530,0</td>
<td>21,9</td>
<td>551,9</td>
<td>21,9</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>13 Justiz</td>
<td>1.399,1</td>
<td>35,8</td>
<td>1.434,8</td>
<td>35,7</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>14 Militärische Angelegenheiten und Sport</td>
<td>2.318,3</td>
<td>0,0</td>
<td>2.318,3</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>15 Finanzverwaltung</td>
<td>1.187,6</td>
<td>3,1</td>
<td>1.190,7</td>
<td>3,1</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>Rubrik 2 - Arbeit, Soziales, Gesundheit u. Familie</td>
<td>40.650,1</td>
<td>0,0</td>
<td>39.622,0</td>
<td>-1.028,1</td>
<td>-1.028,1</td>
<td>-2,5%</td>
</tr>
<tr>
<td>20 Arbeit</td>
<td>8.803,1</td>
<td>6.634,5</td>
<td>6.686,3</td>
<td>-168,6</td>
<td>-168,6</td>
<td>-1,9%</td>
</tr>
<tr>
<td>21 Soziales und Konsumentenschutz</td>
<td>3.121,7</td>
<td>0,0</td>
<td>3.121,7</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>22 Pensionsversicherung</td>
<td>11.279,8</td>
<td>10.680,5</td>
<td>10.993</td>
<td>-306,7</td>
<td>-306,7</td>
<td>-2,6%</td>
</tr>
<tr>
<td>23 Pensionen - Beamten und Beamte</td>
<td>9.520,7</td>
<td>0,0</td>
<td>9.246,2</td>
<td>-274,5</td>
<td>-274,5</td>
<td>-2,9%</td>
</tr>
<tr>
<td>24 Gesundheit</td>
<td>1.048,9</td>
<td>1.063,1</td>
<td>1.124</td>
<td>7,8</td>
<td>0,7</td>
<td>0,7%</td>
</tr>
<tr>
<td>25 Familie und Jugend</td>
<td>6.875,9</td>
<td>0,0</td>
<td>6.875,9</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>Rubrik 3 - Bildung, Forschung, Kunst und Kultur</td>
<td>13.655,0</td>
<td>42,5</td>
<td>14.000,1</td>
<td>345,1</td>
<td>302,6</td>
<td>2,2%</td>
</tr>
<tr>
<td>30 Bildung und Frauen</td>
<td>8.361,2</td>
<td>8.634,9</td>
<td>8.857</td>
<td>223,0</td>
<td>223,0</td>
<td>2,6%</td>
</tr>
<tr>
<td>31 Wissenschaft und Forschung</td>
<td>4.315,0</td>
<td>4.362,5</td>
<td>4.757</td>
<td>425,5</td>
<td>425,5</td>
<td>9,9%</td>
</tr>
<tr>
<td>32 Kunst und Kultur</td>
<td>449,1</td>
<td>454,3</td>
<td>52,0</td>
<td>5,2</td>
<td>5,2</td>
<td>1,2%</td>
</tr>
<tr>
<td>33 Wirtschaft (Forschung)</td>
<td>101,6</td>
<td>104,7</td>
<td>3,1</td>
<td>3,1</td>
<td>3,1</td>
<td>3,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>34 Verkehr, Innov. u. Techn. (Forschung)</td>
<td>428,1</td>
<td>0,0</td>
<td>431,7</td>
<td>3,6</td>
<td>3,6</td>
<td>0,8%</td>
</tr>
<tr>
<td>Rubrik 4 - Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt</td>
<td>9.468,9</td>
<td>295,1</td>
<td>9.763,0</td>
<td>-294,1</td>
<td>-294,1</td>
<td>-3,1%</td>
</tr>
<tr>
<td>40 Wirtschaft</td>
<td>386,1</td>
<td>372,0</td>
<td>33,6</td>
<td>20,5</td>
<td>20,5</td>
<td>5,9%</td>
</tr>
<tr>
<td>41 Verkehr, Innovation u. Technologie</td>
<td>3.716,2</td>
<td>110,0</td>
<td>3.794,1</td>
<td>77,9</td>
<td>77,9</td>
<td>2,1%</td>
</tr>
<tr>
<td>42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft</td>
<td>2.138,6</td>
<td>2,138,6</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>43 Umwelt</td>
<td>608,2</td>
<td>608,2</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>44 Finanzausgleich</td>
<td>969,3</td>
<td>962,2</td>
<td>-7,1</td>
<td>-7,1</td>
<td>-7,1</td>
<td>-0,7%</td>
</tr>
<tr>
<td>45 Bundesvermögen</td>
<td>1.043,2</td>
<td>20,5</td>
<td>821,7</td>
<td>-221,5</td>
<td>-221,5</td>
<td>-22,8%</td>
</tr>
<tr>
<td>46 Finanzmarktsitabilität</td>
<td>656,8</td>
<td>151,5</td>
<td>681,3</td>
<td>25,5</td>
<td>25,5</td>
<td>-3,8%</td>
</tr>
<tr>
<td>Rubrik 5 - Kassa und Zinsen</td>
<td>4.735,4</td>
<td>4.735,4</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>51 Kassenverwaltung</td>
<td>15,3</td>
<td>15,3</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>58 Finanzierungen, Währungstauschverträge</td>
<td>4.720,1</td>
<td>4,720,1</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>Gesamtauszahlungen</td>
<td>79.152,8</td>
<td>417,3</td>
<td>77.457,2</td>
<td>-695,6</td>
<td>-1.113,0</td>
<td>-1,4%</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: BMF, eigene Berechnungen. *In den Summen der Rubriken bzw. insgesamt sind Rundungsfehler möglich. ** ohne Margen, die im Finanzrahmen auf Rubrikenebene zusätzlich enthalten sind.

Bei den nunmehr geringer veranschlagten Untergliederungen sind vor allem vier Gründe zu nennen:

- Auch wenn die Arbeitslosigkeit weiter gestiegen ist, so hat sich die Prognose etwas verbessert. Dadurch kann der (ohnein variable, also ohne BFG-Novellierung sich automatisch anpassende) Ansatz für die UG 20 zurückgenommen werden.
- Zum Teil damit in Zusammenhang steht die neuerliche Rücknahme der Auszahlungen für Pensionen (UG 22 und UG 23), die den Budgetspielraum erheblich vergrößert hat.
- Die deutlich niedriger veranschlagten Auszahlungen dürften auch auf die Zielvorgabe zurückzuführen sein, dass die europäische Fiskalregel des mittelfristigen Haushaltsziels (MTO) unter Berücksichtigung der Sonderfaktoren (Mehrausgaben für geflohene Menschen) ohne
Umsetzung der goldenen Investitionsregel und ohne obige Minderauszahlungen schwer darstellbar gewesen wäre.

4.1 Einzahlungen

Abbildung 14: Entwicklung der Einzahlungen

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Veranlagte Einkommensteuer</td>
<td>3.617</td>
<td>3.500</td>
<td>4.150</td>
<td>4.000</td>
<td>10.6%</td>
<td>-3.6%</td>
</tr>
<tr>
<td>Lohnsteuer</td>
<td>27.272</td>
<td>27.300</td>
<td>24.800</td>
<td>25.700</td>
<td>-5.8%</td>
<td>3.6%</td>
</tr>
<tr>
<td>Kapitalertragsteuern</td>
<td>3.863</td>
<td>2.700</td>
<td>3.000</td>
<td>3.000</td>
<td>-22.3%</td>
<td>0.0%</td>
</tr>
<tr>
<td>Körperschaftsteuer</td>
<td>6.320</td>
<td>6.600</td>
<td>6.300</td>
<td>7.500</td>
<td>18.7%</td>
<td>19.0%</td>
</tr>
<tr>
<td>Stabilitätsabgabe</td>
<td>554</td>
<td>640</td>
<td>560</td>
<td>352</td>
<td>-36.5%</td>
<td>-37.1%</td>
</tr>
<tr>
<td>Tabaksteuer</td>
<td>1.776</td>
<td>1.840</td>
<td>1.900</td>
<td>1.850</td>
<td>4.1%</td>
<td>-2.6%</td>
</tr>
<tr>
<td>Mineralölsteuer</td>
<td>4.201</td>
<td>4.200</td>
<td>4.250</td>
<td>4.350</td>
<td>3.5%</td>
<td>2.4%</td>
</tr>
<tr>
<td>Gebühren u. Bundesverwaltungsabgaben</td>
<td>512</td>
<td>500</td>
<td>500</td>
<td>540</td>
<td>6.8%</td>
<td>8.0%</td>
</tr>
<tr>
<td>Versicherungssteuer</td>
<td>1.122</td>
<td>1.080</td>
<td>1.130</td>
<td>1.140</td>
<td>1.6%</td>
<td>0.9%</td>
</tr>
<tr>
<td>Motorbezogene Versicherung,</td>
<td>2.182</td>
<td>2.150</td>
<td>2.320</td>
<td>2.350</td>
<td>7.7%</td>
<td>1.3%</td>
</tr>
<tr>
<td>Sonstige Abgaben</td>
<td>4.994</td>
<td>4.970</td>
<td>4.740</td>
<td>4.843</td>
<td>-3.0%</td>
<td>2.2%</td>
</tr>
<tr>
<td>Abgaben brutto</td>
<td>82.427</td>
<td>81.780</td>
<td>81.850</td>
<td>84.425</td>
<td>2.4%</td>
<td>3.1%</td>
</tr>
<tr>
<td>Länder (Ertragsanteile)</td>
<td>-15.516</td>
<td>-15.680</td>
<td>-15.485</td>
<td>-15.970</td>
<td>2.9%</td>
<td>3.1%</td>
</tr>
<tr>
<td>Gemeinden (Ertragsanteile)</td>
<td>-9.589</td>
<td>-9.518</td>
<td>-9.520</td>
<td>-9.769</td>
<td>1.9%</td>
<td>2.6%</td>
</tr>
<tr>
<td>Fonds etc</td>
<td>-4.499</td>
<td>-4.385</td>
<td>-4.467</td>
<td>-4.664</td>
<td>3.7%</td>
<td>4.4%</td>
</tr>
<tr>
<td>EU</td>
<td>-2.452</td>
<td>-3.000</td>
<td>-3.000</td>
<td>-3.000</td>
<td>22.3%</td>
<td>0.0%</td>
</tr>
<tr>
<td>Abgaben netto</td>
<td>50.372</td>
<td>49.197</td>
<td>49.378</td>
<td>51.023</td>
<td>1.3%</td>
<td>3.3%</td>
</tr>
<tr>
<td>Einzahlungen aus abgabenähnlichen Erträgen</td>
<td>12.933</td>
<td>12.926</td>
<td>13.146</td>
<td>13.063</td>
<td>1.0%</td>
<td>-0.6%</td>
</tr>
<tr>
<td>Beiträge zur Arbeitslosenversicherung</td>
<td>6.079</td>
<td>6.044</td>
<td>6.217</td>
<td>6.444</td>
<td>6.0%</td>
<td>3.7%</td>
</tr>
<tr>
<td>Beiträge zum Familienlastenausgleichfonds</td>
<td>6.812</td>
<td>6.641</td>
<td>6.888</td>
<td>6.575</td>
<td>-3.5%</td>
<td>-4.5%</td>
</tr>
<tr>
<td>Einzahlungen/Erträge aus wirtschaftlicher Tätigkeit</td>
<td>326</td>
<td>525</td>
<td>395</td>
<td>482</td>
<td>47.7%</td>
<td>22.0%</td>
</tr>
<tr>
<td>Kostenbeiträge und Gebühren</td>
<td>1.629</td>
<td>1.384</td>
<td>1.425</td>
<td>1.606</td>
<td>-1.4%</td>
<td>12.7%</td>
</tr>
<tr>
<td>Transfers von</td>
<td>6.102</td>
<td>6.245</td>
<td>6.065</td>
<td>5.778</td>
<td>-5.3%</td>
<td>-4.7%</td>
</tr>
<tr>
<td>öffentlichen Körperschaften und Rechtsträgern</td>
<td>904</td>
<td>943</td>
<td>833</td>
<td>537</td>
<td>-40.6%</td>
<td>-35.5%</td>
</tr>
<tr>
<td>ausländischen Körperschaften und Rechtsträgern</td>
<td>1.459</td>
<td>1.510</td>
<td>1.481</td>
<td>1.497</td>
<td>2.6%</td>
<td>1.1%</td>
</tr>
<tr>
<td>Unternehmen</td>
<td>636</td>
<td>613</td>
<td>557</td>
<td>542</td>
<td>-14.7%</td>
<td>-2.7%</td>
</tr>
<tr>
<td>privaten Haushalten und gemeinnützigen Einrichtungen</td>
<td>308</td>
<td>329</td>
<td>306</td>
<td>302</td>
<td>-1.9%</td>
<td>-1.1%</td>
</tr>
<tr>
<td>innerhalb des Bundes</td>
<td>2.246</td>
<td>2.296</td>
<td>2.345</td>
<td>2.346</td>
<td>4.4%</td>
<td>0.0%</td>
</tr>
<tr>
<td>Sozialbeiträgen</td>
<td>549</td>
<td>555</td>
<td>544</td>
<td>554</td>
<td>0.9%</td>
<td>1.9%</td>
</tr>
<tr>
<td>Finanzerträge</td>
<td>621</td>
<td>715</td>
<td>483</td>
<td>598</td>
<td>-3.7%</td>
<td>23.8%</td>
</tr>
<tr>
<td>Investitionstätigkeit</td>
<td>263</td>
<td>15</td>
<td>20</td>
<td>23</td>
<td>-91.1%</td>
<td>17.7%</td>
</tr>
<tr>
<td>Sonstige Einzahlungen/Erträge/Darlehen/Vorschüsse</td>
<td>482</td>
<td>518</td>
<td>917</td>
<td>586</td>
<td>21.5%</td>
<td>-36.1%</td>
</tr>
<tr>
<td>Einzahlungen insgesamt</td>
<td>72.728</td>
<td>71.525</td>
<td>71.828</td>
<td>73.159</td>
<td>0.6%</td>
<td>1.9%</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: BMF, Finanzierungshaushalt, eigene Darstellung.


Trotz des Einsatzes der Bundesregierung auf europäischer Ebene lässt die Einführung der **Finanztransaktionsteuer** weiter auf sich warten. Mehr Engagement könnte beim Vorgehen gegen aggressive Steuerplanung auf internationaler Ebene an den Tag gelegt werden. Gerade die Veröffentlichungen der Panama und der Bahamas Papers zeigen, welches Potenzial für mehr Steuersubstrat vorhanden wäre (vgl. Abschnitt 3.3.).


---


**Abbildung 15: Transfers von Unternehmen**

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>ÖBIB</td>
<td>125</td>
<td>125</td>
<td>81</td>
<td>219</td>
<td>74,8%</td>
<td>169,4%</td>
</tr>
<tr>
<td>Verbund AG</td>
<td>51</td>
<td>169</td>
<td>50</td>
<td>50</td>
<td>-2,7%</td>
<td>0,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>OeNB</td>
<td>231</td>
<td>107</td>
<td>107</td>
<td>107</td>
<td>-53,7%</td>
<td>0,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>sonstige Unternehmen</td>
<td>228</td>
<td>212</td>
<td>319</td>
<td>167</td>
<td>-27,1%</td>
<td>-47,8%</td>
</tr>
<tr>
<td>Einzahlungen insgesamt</td>
<td>636</td>
<td>613</td>
<td>557</td>
<td>542</td>
<td>-14,8%</td>
<td>-2,7%</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: BMF, Finanzierungshaushalt, eigene Darstellung.


In Summe kann die veranschlagte Höhe an Einzahlungen nur erreicht werden, wenn 2017 zu der nicht gegenfinanzierten FLAF-Beitragssenkung keine weiteren Maßnahmen wie z.B. die aktuell diskutierte Abschaffung der kalten Progression, die Gebührenreform, eine Körperschaftsteuersenkung oder die Anpassung der Stabilitätsabgabe kommen. *Spielraum für weitere Senkungen* bei den Einzahlungen oder eine *laschere Kontrolle* der Steuerleistung von Unternehmen wird keiner gesehen.

### 4.2 Arbeit


\(^{26}\) Im Gegensatz zu Steigerungen von 6 % bei der Arbeitslosenversicherung im Vergleich zu 2015 wird beim FLAF-Beitrag ein Rückgang von 3,5 % veranschlagt.
Abbildung 16: Arbeitslose und Arbeitsmarktbudget

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>in Mio Euro</td>
<td>Erfolg</td>
<td>BVA</td>
<td>BVA</td>
<td>BVA-E</td>
<td>Erfolg</td>
<td>BVA</td>
<td>BVA-E</td>
<td>BVA 2016</td>
</tr>
<tr>
<td>Auszahlungen fix</td>
<td>1.965.8</td>
<td>1.904,1</td>
<td>1.913,8</td>
<td>2.044,0</td>
<td>4,0%</td>
<td>6,8%</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Auszahlungen variabel</td>
<td>5.309,6</td>
<td>5.243,2</td>
<td>6.177,5</td>
<td>6.590,5</td>
<td>11,0%</td>
<td>6,7%</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Gesamtauszahlungen UG 20</td>
<td>7.295,4</td>
<td>7.147,2</td>
<td>8.091,3</td>
<td>8.634,5</td>
<td>9,2%</td>
<td>6,7%</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Gesamteinzahlungen UG 20</td>
<td>6.377,7</td>
<td>6.282,2</td>
<td>6.477,7</td>
<td>6.721,8</td>
<td>5,4%</td>
<td>3,8%</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Arbeitslose vorgemerkt, in Tsd.</td>
<td>354</td>
<td>354</td>
<td>361</td>
<td>377</td>
<td>6,5%</td>
<td>4,4%</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Arbeitslose in Kursmaßnahmen, in Tsd.</td>
<td>65</td>
<td>65</td>
<td>68</td>
<td>74</td>
<td>13,8%</td>
<td>8,8%</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>pro Arbeitsloser/m bzw. Kursteilnehmer/in fixe Mittel, in Euro</td>
<td>18.849</td>
<td>17.041</td>
<td>18.843</td>
<td>19.128</td>
<td>1,5%</td>
<td>1,5%</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: BMF, WIFO, eigene Berechnungen.


Wir begrüßen die Aufstockung des AMS-MitarbeiterInnenstandes, die Wiedereinführung des Fachkräftestipendiums und die Ausbildungsgarantie bis 25. Die nachhaltige Absicherung und Finanzierung dieser Maßnahmen ist aus heutiger Sicht jedoch noch nicht gesichert. Hier muss in den kommenden Bundesfinanzrahmenverhandlungen nachgebessert werden. Bedarf an weiteren MitarbeiterInnen beim AMS besteht weiterhin, auch wenn das Betreuungsniveau nun immerhin bis 2018 gehalten werden kann. Im Vergleich zum letzten Budget ergeben sich in Summe in dieser Untergliederung erhebliche Verbesserungen, zusätzliche Mittel aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit sind jedoch trotzdem noch notwendig (siehe auch Abschnitt „Beschäftigungspaket für Trendwende am Arbeitsmarkt“).
Abbildung 17: Pensionen Auszahlungen UG 22 und UG 23

Pensionen UG 22 und UG 23 in Mio Euro

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Pensionen</td>
<td>19.185</td>
<td>20.292</td>
<td>19.872</td>
<td>19.927</td>
<td>3,9%</td>
<td>0,3%</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>22 Pensionsversicherung</td>
<td>10.174</td>
<td>10.680</td>
<td>10.772</td>
<td>10.681</td>
<td>5,0%</td>
<td>-0,8%</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>23 Pensionen - Beamtinnen und Beamte</td>
<td>9.011</td>
<td>9.612</td>
<td>9.099</td>
<td>9.246</td>
<td>2,6%</td>
<td>1,6%</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Gesamtauszahlungen</td>
<td>74.589,5</td>
<td>74.687,0</td>
<td>78.107,5</td>
<td>77.457,2</td>
<td>3,8%</td>
<td>-0,8%</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: BMF, eigene Berechnungen.

Die Pensionsauszahlungen des Bundes teilen sich auf zwei Untergliederungen auf: Einerseits die UG 22, die vor allem Zahlungen an die Pensionsversicherungsanstalten der selbständig und unselbständig privat Beschäftigten sowie deren Angehörige enthält. Sie beinhaltet dabei auch die Beiträge des Bundes für Teilpflichtversicherungszeiten, die Beiträge zu anderen Verwaltungsbereichen sind und damit nicht zum Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung gezählt werden können. Auch die Ausgleichszulage in der Höhe von ca. 1 Milliarde Euro ist ein zentrales Mittel zur Bekämpfung von Altersarmut. Andererseits sind die Pensionsauszahlungen auch in der UG 23 zu finden, die Auszahlungen für Beamten im Ruhestand – sowohl aus der Hoheitsverwaltung, aus ausgegliederten Einheiten (inkl. Post und ÖBB) als auch ehemaligen LandeslehrerInnen enthält. Im Unterschied zur UG 22 enthält die UG 23 auch die Pflegegelder für diese Gruppen, während jene für die in die UG 22 fallenden PensionistInnen separat in der UG 21 veranschlagt werden. Erwähnenswert ist, dass die Budgetmittel der UG 22 variabel sind, d.h. automatisch im Ausmaß des tatsächlichen Finanzierungsbudgets angepasst werden.


Budgetprognose hat gezeigt, dass trotz alternder Bevölkerung die Aufwendungen bis 2060 nur in geringem Ausmaß steigen.\textsuperscript{27}


4.4 Bildung

4.4.1 Schule und Erwachsenbildung


Abbildung 18: Gesamtauszahlungen des Bundes nach Aufgabenbereichen

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Elementar- und Primärbereich</td>
<td>3.802</td>
<td>3.547</td>
<td>3.386</td>
<td>3.937</td>
<td>3,6%</td>
<td>16,3%</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Sekundärbereich</td>
<td>3.930</td>
<td>3.900</td>
<td>4.156</td>
<td>4.142</td>
<td>5,4%</td>
<td>-0,3%</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Bildungswesen ohne landwirtsch. Schulen</td>
<td>438</td>
<td>459</td>
<td>460</td>
<td>526</td>
<td>20,1%</td>
<td>14,2%</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Schule ohne Landwirtschaft</td>
<td>8.169</td>
<td>7.906</td>
<td>8.002</td>
<td>8.604</td>
<td>5,3%</td>
<td>7,5%</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: BMF.


Nicht verändert hat sich das Budget für SchülerInnenbeihilfen – einer der größten veranschlagten Konten im Bereich Förderungen und Transfers (Detailbudget 30.01.07). Für diese Beihilfe für sozial bedürftige SchülerInnen, die eine mittlere oder höhere Schule ab der 10. Schulstufe besuchen, sind für das Finanzjahr 2017 insgesamt 39,8 Mio. Euro vorgesehen.


Als ersten Schritt in Richtung gerechte Chancen auf Bildung wird das Bildungspaket der Bundesregierung vom 18.10. 2016 gesehen. Vor allem die Clusterbildung und die erweiterte Schulautonomie sind eine Verbesserung im Vergleich zum Status quo. Das ermögliche effektivere Förderung der Kinder und bessere Steuerung der Ressourcen am Bedarf der SchülerInnen. Schulcluster bieten den Rahmen für mehr Angebot und mehr pädagogische Freiheit. Es bedarf einer entsprechenden Größe um die Möglichkeiten der pädagogischen Freiheit, der autonomen Schulentwicklung und der zur Verfügung stehenden Personals ausnutzen zu können (Größe der Klassen, Zeiteinteilung, Stundentafel oder den Ablauf des Unterrichts). Kleine Schulen haben nur
beschränkte Möglichkeiten für pädagogischen Austausch und die Weiterentwicklung. Je mehr SchülerInnen und somit mehr PädagogInnen am Standort sind desto flexiblere und differenziertere Angebote können gemacht werden. Die geplante Schwerpunktsetzung auf eine moderne **bedarfsorientierte Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte** erscheint sehr sinnvoll. LehrerInnen brauchen zeitgemäße motivierende Aus- und Fortbildung, um den bestehenden Herausforderungen gewachsen zu sein.


### 4.4.2 Wissenschaft und Forschung

Der Hauptteil der öffentlichen Mittel für tertiäre Bildung ist in der UG 31 „Wissenschaft und Forschung“ veranschlagt, während rund 221 Mio. Euro für die LehrerInnenausbildung (PH) als Teil der UG 30 dotiert sind. Die Auszahlungen für den tertiären Bildungsbereich werden 2017 nur geringfügig steigen. Das Ziel der Bundesregierung, „2 % Aufwendungen für tertiäre Bildung am BIP“ bis 2020 zu erreichen, liegt folglich in weiter Ferne. Der Anteil der Auszahlungen für den tertiären Bereich am nominellen BIP stagniert seit 2014 bei 1,1 % des BIP.

### Abbildung 19: Öffentliche Ausgaben tertiärer Bildungssektor

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Universitäten</td>
<td>3.094,5</td>
<td>3.079,4</td>
<td>3.239,6</td>
<td>3.301,9</td>
<td>6,7%</td>
<td>1,9%</td>
</tr>
<tr>
<td>Studienförderung</td>
<td>183,0</td>
<td>195,0</td>
<td>195,0</td>
<td>195,0</td>
<td>6,6%</td>
<td>0,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>Fachhochschulen</td>
<td>265,6</td>
<td>264,9</td>
<td>281,6</td>
<td>294,6</td>
<td>10,9%</td>
<td>4,6%</td>
</tr>
<tr>
<td>Gesamtausgaben UG31</td>
<td>3.534,0</td>
<td>3.539,4</td>
<td>3.716,3</td>
<td>3.791,6</td>
<td>7,0%</td>
<td>2,0%</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: BMF, eigene Berechnungen.


Im Rahmen des im Juli beschlossenen Start-Up-Pakets werden 5 Mio. Euro Sonderförderungen für Gründer von Unternehmen direkt aus Universitäten heraus budgetiert.

Abbildung 20: Öffentliche und private Ausgaben für Forschung und Entwicklung

<table>
<thead>
<tr>
<th>Forschung und Entwicklung</th>
<th>2015 Ergebnis</th>
<th>2016 Schätzung</th>
<th>2017 BVA-E</th>
<th>Anteil 2016 in %</th>
<th>2016-2017 Verä. in %</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Auszahlungen des Bundes</td>
<td>2.658,1</td>
<td>2.682,0</td>
<td>2.753,2</td>
<td>82,9%</td>
<td>0,8%</td>
</tr>
<tr>
<td>UG 31 Wissenschaft und Forschung (v.a. Universitäten)</td>
<td>2.027,7</td>
<td>2.065,2</td>
<td>62,7%</td>
<td>0,6%</td>
<td>1,9%</td>
</tr>
<tr>
<td>UG 33 Forschung (Wirtschaft)</td>
<td>101,6</td>
<td>104,7</td>
<td>3,1%</td>
<td>0,0%</td>
<td>3,1%</td>
</tr>
<tr>
<td>UG 34 Forschung (Verkehr, Innovation und Technologie)</td>
<td>356,8</td>
<td>360,2</td>
<td>11,0%</td>
<td>0,1%</td>
<td>1,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>sonstige Auszahlungen aus dem Bundeshaushalt</td>
<td>195,9</td>
<td>223,1</td>
<td>6,1%</td>
<td>0,1%</td>
<td>13,9%</td>
</tr>
<tr>
<td>Forschungsprämien</td>
<td>501,9</td>
<td>501,9</td>
<td>581,9</td>
<td>15,5%</td>
<td>0,1%</td>
</tr>
<tr>
<td>Nationalstiftung für FTE</td>
<td>85,0</td>
<td>51,7</td>
<td>1,6%</td>
<td>0,0%</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>andere öffentliche Körperschaften*</td>
<td>620,7</td>
<td>645,7</td>
<td>0,2%</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Unternehmen</td>
<td>4.913,9</td>
<td>5.138,7</td>
<td>1,5%</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>EU &amp; Internationale Unternehmen</td>
<td>1.660,6</td>
<td>1.721,2</td>
<td>0,5%</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Gesamtausgaben für F&amp;E in Österreich</td>
<td>10.440,2</td>
<td>10.741,2</td>
<td>3,1%</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Gesamtausgaben für F&amp;E in Österreich, in % des BIP</td>
<td>3,10%</td>
<td>3,07%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>direkte Auszahlungen des Bundes für F&amp;E, in % des BIP</td>
<td>0,78%</td>
<td>0,76%</td>
<td>0,76%</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>


Eng mit dem Zielwert für die tertiäre Bildung verknüpft ist das Ziel bis 2020 für Forschung und Entwicklung mindestens 3,76 % des BIP zu erreichen, wobei der private Finanzierungsanteil 2/3 bis


Ob eine Annäherung an das gesamtwirtschaftliche Ziel der 3,76 % erreicht werden kann, liegt aber ohnehin vor allem am Unternehmenssektor (inkl. internationale Unternehmen, die rund 90 % der Finanzierung der F&E-Ausgaben durch den Auslandssektor stellen). Gemäß der Schätzung der F&E-Budgetbeilage werden die F&E-Ausgaben der Unternehmen nur rund 62 % der gesamtwirtschaftlichen F&E-Ausgaben bzw. 1 % des BIP erreichen – und damit sowohl den Zielanteil von 70 % als auch den impliziten Zielwert von 2,63 % des BIP verfehlen.

4.5 Personal

4.5.1 Die Personalauszahlungen


Abbildung 21: Personalauszahlungen

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Personalauszahlungen</td>
<td>12.591</td>
<td>12.487</td>
<td>12.759</td>
<td>13.276</td>
<td>5,4%</td>
<td>4,1%</td>
</tr>
<tr>
<td>Aktive</td>
<td>8.638</td>
<td>8.516</td>
<td>8.761</td>
<td>9.185</td>
<td>6,3%</td>
<td>4,8%</td>
</tr>
<tr>
<td>Pensionen*</td>
<td>3.953</td>
<td>3.971</td>
<td>3.998</td>
<td>4.091</td>
<td>3,5%</td>
<td>2,3%</td>
</tr>
<tr>
<td>Kostenersätze</td>
<td>5.475</td>
<td>5.263</td>
<td>5.095</td>
<td>5.670</td>
<td>3,6%</td>
<td>11,3%</td>
</tr>
<tr>
<td>Auszahlungen für Aktivitätsbezüge</td>
<td>3.896</td>
<td>3.627</td>
<td>3.479</td>
<td>4.017</td>
<td>3,1%</td>
<td>15,5%</td>
</tr>
<tr>
<td>Pensionen der LandeslehrerInnen*</td>
<td>1.579</td>
<td>1.636</td>
<td>1.616</td>
<td>1.653</td>
<td>4,7%</td>
<td>2,3%</td>
</tr>
<tr>
<td>Sonstige Pensionsleistungen</td>
<td>3.479</td>
<td>3.682</td>
<td>3.485</td>
<td>3.503</td>
<td>0,7%</td>
<td>0,5%</td>
</tr>
<tr>
<td>Österreichische Bundesbahnen*</td>
<td>2.061</td>
<td>2.082</td>
<td>2.057</td>
<td>2.048</td>
<td>-0,6%</td>
<td>-0,4%</td>
</tr>
<tr>
<td>Post und Telekom Austria AG*</td>
<td>1.207</td>
<td>1.244</td>
<td>1.209</td>
<td>1.234</td>
<td>2,2%</td>
<td>2,1%</td>
</tr>
<tr>
<td>Pflegegeld</td>
<td>211</td>
<td>356</td>
<td>219</td>
<td>221</td>
<td>4,7%</td>
<td>0,9%</td>
</tr>
</tbody>
</table>


4.5.2 Der Personalplan 2017


Abbildung 22: Personalplan

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Präsidentschaftskanzlei</td>
<td>80</td>
<td>80</td>
<td>80</td>
<td>80</td>
<td>0</td>
<td>0</td>
</tr>
<tr>
<td>Bundesgesetzgebung</td>
<td>416</td>
<td>430</td>
<td>430</td>
<td>430</td>
<td>0</td>
<td>0</td>
</tr>
<tr>
<td>Verfassungsgerichtshof</td>
<td>96</td>
<td>100</td>
<td>100</td>
<td>100</td>
<td>0</td>
<td>0</td>
</tr>
<tr>
<td>Verwaltungsgerichtshof</td>
<td>199</td>
<td>200</td>
<td>200</td>
<td>200</td>
<td>0</td>
<td>0</td>
</tr>
<tr>
<td>Volksanwaltschaft</td>
<td>73</td>
<td>75</td>
<td>75</td>
<td>75</td>
<td>0</td>
<td>0</td>
</tr>
<tr>
<td>Rechnungshof</td>
<td>323</td>
<td>323</td>
<td>323</td>
<td>323</td>
<td>0</td>
<td>0</td>
</tr>
<tr>
<td>Bundeskanzleramt</td>
<td>1.218</td>
<td>1.344</td>
<td>1.415</td>
<td>1.413</td>
<td>2</td>
<td>71</td>
</tr>
<tr>
<td>Inneres</td>
<td>32.184</td>
<td>34.110</td>
<td>34.982</td>
<td>34.952</td>
<td>30</td>
<td>872</td>
</tr>
<tr>
<td>Äußeres</td>
<td>1.349</td>
<td>1.340</td>
<td>1.327</td>
<td>1.334</td>
<td>-7</td>
<td>-13</td>
</tr>
<tr>
<td>Finanzverwaltung</td>
<td>11.440</td>
<td>11.951</td>
<td>11.951</td>
<td>12.031</td>
<td>-80</td>
<td>0</td>
</tr>
<tr>
<td>Arbeit</td>
<td>412</td>
<td>411</td>
<td>411</td>
<td>411</td>
<td>0</td>
<td>0</td>
</tr>
<tr>
<td>Soziales u Konsumentenschutz</td>
<td>1.149</td>
<td>1.158</td>
<td>1.140</td>
<td>1.157</td>
<td>-17</td>
<td>-18</td>
</tr>
<tr>
<td>Gesundheit und Frauen*</td>
<td>376</td>
<td>431</td>
<td>431</td>
<td>381</td>
<td>50</td>
<td>0</td>
</tr>
<tr>
<td>Familien und Jugend</td>
<td>125</td>
<td>125</td>
<td>125</td>
<td>125</td>
<td>0</td>
<td>0</td>
</tr>
<tr>
<td>Bildung und Frauen*</td>
<td>44.315</td>
<td>44.847</td>
<td>45.229</td>
<td>45.280</td>
<td>-51</td>
<td>382</td>
</tr>
<tr>
<td>Wissenschaft und Forschung</td>
<td>725</td>
<td>723</td>
<td>717</td>
<td>717</td>
<td>0</td>
<td>-6</td>
</tr>
<tr>
<td>Kunst und Kultur</td>
<td>295</td>
<td>296</td>
<td>307</td>
<td>307</td>
<td>0</td>
<td>11</td>
</tr>
<tr>
<td>Wirtschaft</td>
<td>2.323</td>
<td>2.291</td>
<td>2.262</td>
<td>2.270</td>
<td>-8</td>
<td>-29</td>
</tr>
<tr>
<td>Verkehr, Innovation, Technologie</td>
<td>877</td>
<td>895</td>
<td>982</td>
<td>1.098</td>
<td>-116</td>
<td>87</td>
</tr>
<tr>
<td>Land- und Forstwirtschaft</td>
<td>2.631</td>
<td>2.615</td>
<td>2.621</td>
<td>2.621</td>
<td>0</td>
<td>6</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Gesamt</strong></td>
<td>133.772</td>
<td>137.277</td>
<td>138.535</td>
<td>138.815</td>
<td>-280</td>
<td>1.258</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: BMF, eigene Darstellung  
* Frauenagenden ab 1.6.2016 bei Gesundheit, zuvor Bildung  
**Werte in der Version der 2. BFG-Novelle


Aus arbeitsmarktpolitischer Sicht ist die Ausweitung der Planstellen aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit sehr zu begrüßen, wenngleich eine stärkere Fokussierung auf Bildung, Steuerbetrugsbekämpfung und den Ausbau sozialer Dienstleistungen wünschenswert gewesen wäre.
5. ANHANG

5.1 Einzahlungen

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>01 Präsidentschaftskanzlei</td>
<td>51.962,1</td>
<td>50.500,3</td>
<td>50.697,5</td>
<td>52.531,7</td>
<td>1,1%</td>
<td>3,6%</td>
</tr>
<tr>
<td>02 Bundesgesetzgebung</td>
<td>2,0</td>
<td>2,3</td>
<td>2,3</td>
<td>2,3</td>
<td>13,7%</td>
<td>-78,3%</td>
</tr>
<tr>
<td>03 Verfassungsgerichtshof</td>
<td>0,1</td>
<td>0,4</td>
<td>0,1</td>
<td>0,1</td>
<td>-18,1%</td>
<td>-41,5%</td>
</tr>
<tr>
<td>04 Verwaltungsgerichtshof</td>
<td>0,1</td>
<td>0,1</td>
<td>0,1</td>
<td>0,1</td>
<td>-8,3%</td>
<td>-5,5%</td>
</tr>
<tr>
<td>05 Volksanwaltschaft</td>
<td>0,1</td>
<td>0,1</td>
<td>0,1</td>
<td>0,1</td>
<td>-5,5%</td>
<td>0,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>06 Rechnungshof</td>
<td>0,1</td>
<td>0,1</td>
<td>0,1</td>
<td>0,1</td>
<td>-17,3%</td>
<td>0,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen</td>
<td>5.2</td>
<td>4,1</td>
<td>4,1</td>
<td>4,1</td>
<td>-22,3%</td>
<td>0,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>11 Inneres</td>
<td>147,6</td>
<td>122,8</td>
<td>167,8</td>
<td>144,8</td>
<td>-1,9%</td>
<td>-13,7%</td>
</tr>
<tr>
<td>12 Äußeres</td>
<td>7,3</td>
<td>5,8</td>
<td>5,8</td>
<td>4,8</td>
<td>-34,2%</td>
<td>-17,3%</td>
</tr>
<tr>
<td>13 Justiz</td>
<td>1.195,8</td>
<td>980,0</td>
<td>1.020,0</td>
<td>1.209,1</td>
<td>1,1%</td>
<td>18,5%</td>
</tr>
<tr>
<td>14 Militärische Angelegenheiten und Sport</td>
<td>65,9</td>
<td>31,0</td>
<td>361,9</td>
<td>356,6</td>
<td>-99,9%</td>
<td>0,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>15 Finanzverwaltung</td>
<td>165,9</td>
<td>156,8</td>
<td>119,3</td>
<td>143,3</td>
<td>-13,6%</td>
<td>20,1%</td>
</tr>
<tr>
<td>16 Öffentliche Abgaben</td>
<td>50.372,0</td>
<td>49.196,8</td>
<td>49.377,5</td>
<td>51.023,0</td>
<td>1,3%</td>
<td>3,3%</td>
</tr>
</tbody>
</table>

| Rubrik 2 - Arbeit, Soziales, Gesundheit u. Familie | 16.324,0 | 16.376,8 | 16.479,5 | 16.102,4 | -1,4% | -2,3% |
| 20 Arbeit                                   | 6.377,7 | 6.282,2 | 6.477,5 | 6.721,8 | 5,4% | 3,8% |
| 21 Soziales und Konsumentenschutz           | 303,7 | 311,8 | 361,9 | 356,6 | 17,4% | -1,5% |
| 22 Pensionsversicherung                     | 38,1 | 37,9 | 38,9 | 40,8 | 7,1% | 4,8% |
| 23 Pensionen - Beamten und Beamte           | 2.295,6 | 2.302,4 | 2.257,1 | 2.256,3 | -1,7% | 0,0% |
| 24 Gesundheit                               | 48,1 | 48,7 | 49,3 | 49,3 | 2,4% | -0,1% |
| 25 Familie und Jugend                       | 7.260,8 | 7.393,8 | 7.294,7 | 6.677,7 | -8,0% | -8,5% |

| Rubrik 3 - Bildung, Forschung, Kunst und Kultur | 114,2 | 90,6 | 82,6 | 82,6 | -27,7% | -8,8% |
| 30 Bildung und Frauen                        | 107,3 | 81,9 | 73,9 | 73,9 | -31,2% | 0,0% |
| 31 Wissenschaft und Forschung                | 1,4 | 0,5 | 0,5 | 0,5 | -60,9% | 0,0% |
| 32 Kunst und Kultur                          | 4,0 | 6,2 | 6,2 | 6,2 | 55,4% | 0,0% |
| 33 Wirtschaft (Forschung)                    | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0% | 0,0% |
| 34 Verkehr, Innov. u. Techn. (Forschung)     | 1,5 | 2,0 | 2,0 | 2,0 | 32,5% | 0,0% |

| Rubrik 4 - Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt | 2.981,4 | 3.130,3 | 3.153,2 | 3.026,5 | 1,5% | -4,0% |
| 40 Wirtschaft                               | 249,7 | 312,3 | 248,2 | 341,6 | 36,8% | 37,6% |
| 41 Verkehr, Innovation u. Technologie        | 379,8 | 277,1 | 319,5 | 314,5 | -17,2% | -1,6% |
| 42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft        | 207,9 | 181,8 | 181,8 | 181,8 | -12,6% | 0,0% |
| 43 Umwelt                                    | 423,0 | 549,7 | 564,4 | 555,7 | 31,4% | -1,5% |
| 44 Finanzausgleich                           | 588,2 | 584,8 | 570,5 | 599,1 | 1,9% | 5,0% |
| 45 Bundesvermögen                            | 879,8 | 1.112,5 | 1.267,8 | 979,1 | 11,3% | -22,8% |
| 46 Finanzmarktsstabilität                   | 252,9 | 112,1 | 2,0 | 54,8 | -78,3% | 2587,2% |

| Rubrik 5 - Kassa und Zinsen                  | 1.346,6 | 1.427,2 | 1.414,0 | 1.415,4 | 5,1% | 0,1% |
| 51 Kassenverwaltung                          | 1.346,6 | 1.427,2 | 1.414,0 | 1.415,4 | 5,1% | 0,1% |

| 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge    | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0% |

| Gesamteinzahlungen                         | 72.728,4 | 71.525,2 | 71.827,8 | 73.158,7 | 0,6% | 1,9% |

Quelle: BMF, eigene Berechnungen. *In den Summen der Rubriken bzw. insgesamt sind Rundungsfehler möglich.
### 5.2 Erträge

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td><strong>Rubrik 0,1 - Recht und Sicherheit</strong></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>01 Präsidentschaftskanzlei</td>
<td>52.979,4</td>
<td>50.592,8</td>
<td>50.726,0</td>
<td>52.551,2</td>
<td>-0,8%</td>
<td>3,6%</td>
</tr>
<tr>
<td>02 Bundesgesetzgebung</td>
<td>2,0</td>
<td>2,3</td>
<td>2,3</td>
<td>2,3</td>
<td>15,6%</td>
<td>0,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>03 Verfassungsgerichtshof</td>
<td>0,3</td>
<td>0,4</td>
<td>0,4</td>
<td>0,1</td>
<td>-60,6%</td>
<td>-75,2%</td>
</tr>
<tr>
<td>04 Verwaltungsgerichtshof</td>
<td>0,1</td>
<td>0,1</td>
<td>0,1</td>
<td>0,1</td>
<td>-3,7%</td>
<td>-20,2%</td>
</tr>
<tr>
<td>05 Volksanwaltschaft</td>
<td>0,1</td>
<td>0,2</td>
<td>0,1</td>
<td>0,1</td>
<td>-20,1%</td>
<td>-14,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>06 Rechnungshof</td>
<td>0,2</td>
<td>0,1</td>
<td>0,3</td>
<td>0,2</td>
<td>-2,0%</td>
<td>-33,8%</td>
</tr>
<tr>
<td>10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen</td>
<td>6,0</td>
<td>3,9</td>
<td>3,9</td>
<td>3,9</td>
<td>-35,1%</td>
<td>0,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>11 Innen</td>
<td>157,6</td>
<td>144,1</td>
<td>175,3</td>
<td>150,0</td>
<td>-4,8%</td>
<td>-14,4%</td>
</tr>
<tr>
<td>12 Äußeres</td>
<td>8,1</td>
<td>16,5</td>
<td>5,9</td>
<td>5,5</td>
<td>-32,3%</td>
<td>-6,6%</td>
</tr>
<tr>
<td>13 Justiz</td>
<td>1.189,6</td>
<td>1.036,7</td>
<td>1.040,1</td>
<td>1.221,7</td>
<td>2,7%</td>
<td>17,5%</td>
</tr>
<tr>
<td>14 Militärische Angelegenheiten und Sport</td>
<td>71,5</td>
<td>34,5</td>
<td>0,1</td>
<td>0,1</td>
<td>-99,9%</td>
<td>0,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>15 Finanzverwaltung</td>
<td>178,8</td>
<td>157,2</td>
<td>119,9</td>
<td>143,9</td>
<td>-19,6%</td>
<td>20,0%</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Rubrik 2 - Arbeit, Soziales, Gesundheit u. Familie</strong></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>20 Arbeit</td>
<td>6.379,5</td>
<td>6.283,3</td>
<td>6.477,5</td>
<td>6.722,4</td>
<td>5,4%</td>
<td>3,8%</td>
</tr>
<tr>
<td>21 Soziales und Konsumentenschutz</td>
<td>303,8</td>
<td>313,0</td>
<td>362,2</td>
<td>357,0</td>
<td>17,5%</td>
<td>-1,4%</td>
</tr>
<tr>
<td>22 Pensionsversicherung</td>
<td>38,1</td>
<td>37,9</td>
<td>38,9</td>
<td>40,8</td>
<td>7,1%</td>
<td>4,8%</td>
</tr>
<tr>
<td>23 Pensionen - Beamten und Beamte</td>
<td>2.290,6</td>
<td>2.299,9</td>
<td>2.251,9</td>
<td>2.254,6</td>
<td>-1,6%</td>
<td>0,1%</td>
</tr>
<tr>
<td>24 Gesundheit</td>
<td>48,9</td>
<td>49,4</td>
<td>49,4</td>
<td>49,6</td>
<td>1,6%</td>
<td>0,4%</td>
</tr>
<tr>
<td>25 Familie und Jugend</td>
<td>6.875,2</td>
<td>7.321,0</td>
<td>6.902,4</td>
<td>6.591,4</td>
<td>-4,1%</td>
<td>-4,5%</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Rubrik 3 - Bildung, Forschung, Kunst und Kultur</strong></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>30 Bildung und Frauen</td>
<td>125,5</td>
<td>153,9</td>
<td>145,6</td>
<td>91,5</td>
<td>-27,1%</td>
<td>-37,1%</td>
</tr>
<tr>
<td>31 Wissenschaft und Forschung</td>
<td>112,0</td>
<td>138,4</td>
<td>83,7</td>
<td>-25,3%</td>
<td>-39,5%</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>32 Kunst und Kultur</td>
<td>1,0</td>
<td>1,3</td>
<td>1,0</td>
<td>0,6</td>
<td>-68,0%</td>
<td>-42,4%</td>
</tr>
<tr>
<td>33 Wirtschaft (Forschung)</td>
<td>4,9</td>
<td>6,2</td>
<td>6,2</td>
<td>7,2</td>
<td>63,6%</td>
<td>16,8%</td>
</tr>
<tr>
<td>34 Verkehr, Innov. u. Techn. (Forschung)</td>
<td>2,2</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Rubrik 4 - Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt</strong></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>40 Wirtschaft</td>
<td>3.212,5</td>
<td>3.032,2</td>
<td>2.937,6</td>
<td>3.106,6</td>
<td>-3,3%</td>
<td>5,8%</td>
</tr>
<tr>
<td>41 Verkehr, Innovation u. Technologie</td>
<td>390,4</td>
<td>277,1</td>
<td>319,2</td>
<td>314,3</td>
<td>-19,5%</td>
<td>-1,5%</td>
</tr>
<tr>
<td>42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft</td>
<td>215,4</td>
<td>182,0</td>
<td>183,7</td>
<td>183,5</td>
<td>-14,8%</td>
<td>-0,1%</td>
</tr>
<tr>
<td>43 Umwelt</td>
<td>449,8</td>
<td>549,7</td>
<td>564,4</td>
<td>555,7</td>
<td>23,5%</td>
<td>-1,5%</td>
</tr>
<tr>
<td>44 Finanzausgleich</td>
<td>588,2</td>
<td>584,8</td>
<td>570,5</td>
<td>599,1</td>
<td>-19,1%</td>
<td>5,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>45 Bundesvermögen</td>
<td>1.080,7</td>
<td>1.015,6</td>
<td>1.060,0</td>
<td>945,2</td>
<td>-12,5%</td>
<td>-10,8%</td>
</tr>
<tr>
<td>46 Finanzmarkstabilität</td>
<td>237,1</td>
<td>111,6</td>
<td>2,0</td>
<td>168,0</td>
<td>-29,1%</td>
<td>8283,7%</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Rubrik 5 - Kassa und Zinsen</strong></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>51 Kassenverwaltung</td>
<td>1.224,8</td>
<td>1.427,2</td>
<td>1.414,0</td>
<td>1.415,4</td>
<td>15,6%</td>
<td>0,1%</td>
</tr>
<tr>
<td>58 Finanzierungen, Währungstauschverträge</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0</td>
</tr>
</tbody>
</table>

| Gesamterträge | 73.478,4 | 71.510,6 | 71.305,6 | 73.180,6 | -0,4% | 2,6% |

Quelle: BMF, eigene Berechnungen. *In den Summen der Rubriken bzw. insgesamt sind Rundungsfehler möglich.*
# 5.3 Auszahlungen

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td><strong>Rubrik 0,1 - Recht und Sicherheit</strong></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>01 Präsidentschaftskanzlei</td>
<td>8.700,1</td>
<td>8.035,0</td>
<td>8.683,5</td>
<td>9.723,4</td>
<td>11,8%</td>
<td>12,0%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>02 Bundesgesetzgebung</td>
<td>160,6</td>
<td>165,6</td>
<td>196,2</td>
<td>214,7</td>
<td>33,7%</td>
<td>9,5%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>03 Verfassungsgerichtshof</td>
<td>14,6</td>
<td>14,8</td>
<td>14,9</td>
<td>15,7</td>
<td>7,1%</td>
<td>5,4%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>04 Verwaltungsgerichtshof</td>
<td>19,3</td>
<td>19,4</td>
<td>19,4</td>
<td>19,9</td>
<td>3,2%</td>
<td>2,6%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>05 Volksanwaltschaft</td>
<td>10,3</td>
<td>10,5</td>
<td>10,6</td>
<td>10,8</td>
<td>4,2%</td>
<td>1,9%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>06 Rechnungshof</td>
<td>31,5</td>
<td>32,4</td>
<td>32,9</td>
<td>33,0</td>
<td>4,5%</td>
<td>0,1%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen</td>
<td>480,9</td>
<td>397,6</td>
<td>401,7</td>
<td>457,2</td>
<td>-4,9%</td>
<td>13,8%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>11 Inneres</td>
<td>2.850,4</td>
<td>2.529,9</td>
<td>3.027,6</td>
<td>3.468,1</td>
<td>21,7%</td>
<td>14,6%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>12 Äußeres</td>
<td>441,6</td>
<td>409,1</td>
<td>428,0</td>
<td>551,9</td>
<td>25,0%</td>
<td>29,0%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>13 Justiz</td>
<td>1.477,2</td>
<td>1.309,1</td>
<td>1.305,3</td>
<td>1.434,8</td>
<td>-2,9%</td>
<td>9,9%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>14 Militärische Angelegenheiten und Sport</td>
<td>2.079,5</td>
<td>1.981,7</td>
<td>2.071,9</td>
<td>2.318,3</td>
<td>11,5%</td>
<td>11,9%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>15 Finanzverwaltung</td>
<td>1.126,0</td>
<td>1.156,6</td>
<td>1.167,0</td>
<td>1.190,7</td>
<td>5,7%</td>
<td>2,0%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>16 Öffentliche Abgaben</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Rubrik 2 - Arbeit, Soziales, Gesundheit u. Familie</strong></td>
<td>38.119,1</td>
<td>38.096,3</td>
<td>39.123,5</td>
<td>39.622,0</td>
<td>3,9%</td>
<td>1,3%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>20 Arbeit</td>
<td>7.905,4</td>
<td>7.147,2</td>
<td>8.091,3</td>
<td>8.634,5</td>
<td>9,2%</td>
<td>6,7%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>21 Soziales und Konsumentenschutz</td>
<td>3.041,7</td>
<td>3.000,2</td>
<td>3.050,8</td>
<td>3.121,7</td>
<td>2,6%</td>
<td>2,3%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>22 Pensionsversicherung</td>
<td>10.174,0</td>
<td>10.680,0</td>
<td>10.772,4</td>
<td>10.680,5</td>
<td>5,0%</td>
<td>-0,9%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>23 Pensionen - Beamtinnen und Beamte</td>
<td>9.011,4</td>
<td>9.288,4</td>
<td>9.099,3</td>
<td>9.246,2</td>
<td>2,6%</td>
<td>1,6%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>24 Gesundheit</td>
<td>963,2</td>
<td>957,0</td>
<td>1.036,6</td>
<td>1.063,1</td>
<td>10,4%</td>
<td>2,6%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>25 Familie und Jugend</td>
<td>7.023,3</td>
<td>7.023,5</td>
<td>7.073,1</td>
<td>6.875,9</td>
<td>-2,1%</td>
<td>-2,8%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Rubrik 3 - Bildung, Forschung, Kunst und Kultur</strong></td>
<td>13.330,7</td>
<td>13.084,7</td>
<td>13.340,8</td>
<td>14.000,1</td>
<td>5,0%</td>
<td>4,9%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>30 Bildung und Frauen</td>
<td>8.260,2</td>
<td>7.992,7</td>
<td>8.091,5</td>
<td>8.646,9</td>
<td>4,7%</td>
<td>6,9%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>31 Wissenschaft und Forschung</td>
<td>4.106,5</td>
<td>4.119,5</td>
<td>4.278,3</td>
<td>4.362,5</td>
<td>6,2%</td>
<td>2,0%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>32 Kunst und Kultur</td>
<td>425,1</td>
<td>441,7</td>
<td>441,2</td>
<td>454,3</td>
<td>6,9%</td>
<td>3,0%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>33 Wirtschaft (Forschung)</td>
<td>109,6</td>
<td>101,6</td>
<td>101,6</td>
<td>104,7</td>
<td>-4,5%</td>
<td>3,1%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>34 Verkehr, Innov. u. Techn. (Forschung)</td>
<td>429,2</td>
<td>429,2</td>
<td>428,1</td>
<td>431,7</td>
<td>0,6%</td>
<td>0,8%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Rubrik 4 - Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt</strong></td>
<td>9.187,1</td>
<td>8.944,8</td>
<td>9.677,8</td>
<td>9.376,3</td>
<td>2,1%</td>
<td>-3,1%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>40 Wirtschaft</td>
<td>361,1</td>
<td>364,6</td>
<td>320,3</td>
<td>370,2</td>
<td>2,5%</td>
<td>14,6%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>41 Verkehr, Innovation u. Technologie</td>
<td>3.492,7</td>
<td>3.349,4</td>
<td>3.808,8</td>
<td>3.794,1</td>
<td>8,6%</td>
<td>-0,4%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft</td>
<td>1.715,9</td>
<td>2.144,8</td>
<td>2.135,4</td>
<td>2.136,8</td>
<td>24,6%</td>
<td>0,2%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>43 Umwelt</td>
<td>678,7</td>
<td>643,0</td>
<td>627,5</td>
<td>608,2</td>
<td>-10,4%</td>
<td>-3,1%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>44 Finanzausgleich</td>
<td>897,2</td>
<td>968,7</td>
<td>976,0</td>
<td>962,2</td>
<td>7,2%</td>
<td>-1,4%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>45 Bundesvermögen</td>
<td>549,7</td>
<td>1.023,3</td>
<td>1.035,4</td>
<td>821,7</td>
<td>49,5%</td>
<td>-20,6%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>46 Finanzmarktabstabilität</td>
<td>1.491,9</td>
<td>431,0</td>
<td>771,7</td>
<td>681,3</td>
<td>-54,3%</td>
<td>-11,7%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Rubrik 5 - Kassa und Zinsen</strong></td>
<td>5.248,6</td>
<td>6.557,5</td>
<td>5.622,1</td>
<td>4.720,1</td>
<td>-10,1%</td>
<td>-16,0%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>51 Kassenerverwaltung</td>
<td>4,0</td>
<td>1,0</td>
<td>4,5</td>
<td>15,3</td>
<td>285,5%</td>
<td>238,8%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>58 Finanzierungen, Währungstauschverträge</td>
<td>5.248,6</td>
<td>6.557,5</td>
<td>5.622,1</td>
<td>4.720,1</td>
<td>-10,1%</td>
<td>-16,0%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Gesamtauszahlungen</strong></td>
<td>74.589,5</td>
<td>74.719,2</td>
<td>76.452,2</td>
<td>77.457,2</td>
<td>3,8%</td>
<td>1,3%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

*Quelle: BMF, eigene Berechnungen. *In den Summen der Rubriken bzw. insgesamt sind Rundungsfehler möglich.*
5.4 Aufwendungen

<table>
<thead>
<tr>
<th>Rubrik 0,1 - Recht und Sicherheit</th>
<th>2015</th>
<th>2015</th>
<th>2016</th>
<th>2017</th>
<th>2017</th>
<th>2017</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>01 Präsidentenkanzlei</td>
<td>8,4</td>
<td>8,4</td>
<td>8,4</td>
<td>8,4</td>
<td>0,6</td>
<td>0,5%</td>
</tr>
<tr>
<td>02 Bundesgesetzgebung</td>
<td>161,9</td>
<td>167,0</td>
<td>197,6</td>
<td>179,5</td>
<td>10,8%</td>
<td>-9,2%</td>
</tr>
<tr>
<td>03 Verfassungsgerichtshof</td>
<td>14,7</td>
<td>15,1</td>
<td>15,1</td>
<td>15,9</td>
<td>8,5%</td>
<td>5,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>04 Verwaltungsgerichtshof</td>
<td>19,3</td>
<td>19,5</td>
<td>19,5</td>
<td>20,1</td>
<td>4,0%</td>
<td>2,9%</td>
</tr>
<tr>
<td>05 Volksanwaltschaft</td>
<td>10,4</td>
<td>10,5</td>
<td>10,6</td>
<td>10,8</td>
<td>3,4%</td>
<td>1,3%</td>
</tr>
<tr>
<td>06 Rechnungshof</td>
<td>31,5</td>
<td>32,6</td>
<td>33,8</td>
<td>33,1</td>
<td>5,2%</td>
<td>-1,9%</td>
</tr>
<tr>
<td>10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen</td>
<td>480,4</td>
<td>401,8</td>
<td>406,5</td>
<td>460,0</td>
<td>-4,2%</td>
<td>13,2%</td>
</tr>
<tr>
<td>11 Inneres</td>
<td>2.897,5</td>
<td>2.568,0</td>
<td>3.041,7</td>
<td>3.445,3</td>
<td>18,9%</td>
<td>13,3%</td>
</tr>
<tr>
<td>12 Äußeres</td>
<td>466,6</td>
<td>417,4</td>
<td>439,7</td>
<td>557,6</td>
<td>19,5%</td>
<td>26,8%</td>
</tr>
<tr>
<td>13 Justiz</td>
<td>1.477,5</td>
<td>1.384,7</td>
<td>1.361,8</td>
<td>1.511,0</td>
<td>2,3%</td>
<td>11,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>14 Militärische Angelegenheiten und Sport</td>
<td>2.180,8</td>
<td>2.177,4</td>
<td>2.224,0</td>
<td>2.398,5</td>
<td>10,0%</td>
<td>7,8%</td>
</tr>
<tr>
<td>15 Finanzverwaltung</td>
<td>1.117,6</td>
<td>1.193,8</td>
<td>1.192,6</td>
<td>1.220,5</td>
<td>9,2%</td>
<td>2,3%</td>
</tr>
<tr>
<td>16 Öffentliche Abgaben</td>
<td>686,7</td>
<td>1.090,0</td>
<td>1.001,0</td>
<td>750,0</td>
<td>-25,1%</td>
<td>-25,1%</td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>20 Arbeit</td>
<td>38.095,0</td>
<td>38.002,3</td>
<td>39.046,3</td>
<td>39.556,0</td>
<td>3,8%</td>
<td>1,3%</td>
</tr>
<tr>
<td>21 Soziales und Konsumentenschutz</td>
<td>7.924,0</td>
<td>7.154,8</td>
<td>8.101,4</td>
<td>8.644,4</td>
<td>9,1%</td>
<td>6,7%</td>
</tr>
<tr>
<td>22 Pensionsversicherung</td>
<td>3.040,5</td>
<td>3.001,8</td>
<td>3.061,5</td>
<td>3.156,7</td>
<td>3,8%</td>
<td>3,1%</td>
</tr>
<tr>
<td>23 Pensionen - Beamteni nen und Beamte</td>
<td>10.174,0</td>
<td>10.680,0</td>
<td>10.772,4</td>
<td>10.680,5</td>
<td>5,0%</td>
<td>-0,9%</td>
</tr>
<tr>
<td>24 Gesundheit</td>
<td>9.002,2</td>
<td>9.278,0</td>
<td>9.088,2</td>
<td>9.218,4</td>
<td>2,4%</td>
<td>1,4%</td>
</tr>
<tr>
<td>25 Familie und Jugend</td>
<td>1.045,3</td>
<td>957,5</td>
<td>1.038,4</td>
<td>1.065,3</td>
<td>1,9%</td>
<td>2,6%</td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>30 Bildung und Frauen</td>
<td>13.478,3</td>
<td>13.190,5</td>
<td>13.372,5</td>
<td>14.145,1</td>
<td>4,9%</td>
<td>5,8%</td>
</tr>
<tr>
<td>31 Wissenschaft und Forschung</td>
<td>8.366,1</td>
<td>8.093,3</td>
<td>8.116,0</td>
<td>8.765,3</td>
<td>4,8%</td>
<td>8,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>32 Kunst und Kultur</td>
<td>4.118,4</td>
<td>4.121,8</td>
<td>4.281,3</td>
<td>4.364,0</td>
<td>6,0%</td>
<td>1,9%</td>
</tr>
<tr>
<td>33 Wirtschaft (Forschung)</td>
<td>424,7</td>
<td>441,0</td>
<td>440,5</td>
<td>474,4</td>
<td>11,7%</td>
<td>7,7%</td>
</tr>
<tr>
<td>34 Verkehr, Innov. u. Techn. (Forschung)</td>
<td>113,0</td>
<td>101,6</td>
<td>101,6</td>
<td>104,7</td>
<td>-7,3%</td>
<td>3,1%</td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>40 Wirtschaft</td>
<td>10.990,2</td>
<td>10.936,1</td>
<td>12.263,5</td>
<td>12.337,3</td>
<td>12,3%</td>
<td>0,6%</td>
</tr>
<tr>
<td>41 Verkehr, Innovation u. Technologie</td>
<td>387,0</td>
<td>399,2</td>
<td>361,3</td>
<td>408,1</td>
<td>5,4%</td>
<td>12,4%</td>
</tr>
<tr>
<td>42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft</td>
<td>5.559,7</td>
<td>5.676,8</td>
<td>6.632,1</td>
<td>6.730,5</td>
<td>21,1%</td>
<td>1,5%</td>
</tr>
<tr>
<td>43 Umwelt</td>
<td>1.718,7</td>
<td>2.155,3</td>
<td>2.145,4</td>
<td>2.151,4</td>
<td>25,2%</td>
<td>0,3%</td>
</tr>
<tr>
<td>44 Finanzausgleich</td>
<td>676,2</td>
<td>642,9</td>
<td>627,5</td>
<td>608,0</td>
<td>-10,1%</td>
<td>-3,1%</td>
</tr>
<tr>
<td>45 Bundesvermögen</td>
<td>897,2</td>
<td>988,7</td>
<td>976,0</td>
<td>962,2</td>
<td>7,2%</td>
<td>-1,4%</td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>51 Kassenverwaltung</td>
<td>4,0</td>
<td>1,0</td>
<td>4,5</td>
<td>15,3</td>
<td>285,5%</td>
<td>238,8%</td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>58 Finanzierungen, Währungstauschverträge</td>
<td>6.129,1</td>
<td>7.058,5</td>
<td>6.004,1</td>
<td>5.480,1</td>
<td>-10,6%</td>
<td>-8,7%</td>
</tr>
</tbody>
</table>

| Gesamtaufwand                                     | 78.249,7| 78.674,7| 80.643,3| 82.144,4| 5,0% | 1,9% |

Quelle: BMF, eigene Berechnungen. *In den Summen der Rubriken bzw. insgesamt sind Rundungsfehler möglich.
### 5.5 Rücklagen

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td><strong>Rubrik 0.1 - Recht und Sicherheit</strong></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>01 Präsidentschaftskanzlei</td>
<td>1.245,0</td>
<td>96,7</td>
<td>79,8</td>
<td>1.068,5</td>
<td>11,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>02 Bundesgesetzgebung</td>
<td>24,2</td>
<td>3,4</td>
<td>3,4</td>
<td>17,4</td>
<td>8,1%</td>
</tr>
<tr>
<td>03 Verfassungsgerichtshof</td>
<td>1,3</td>
<td>0,1</td>
<td>0,5</td>
<td>0,7</td>
<td>4,5%</td>
</tr>
<tr>
<td>04 Verwaltungsgerichtshof</td>
<td>1,2</td>
<td>0,1</td>
<td>0,1</td>
<td>1,0</td>
<td>5,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>05 Volksanwaltschaft</td>
<td>3,0</td>
<td>0,3</td>
<td>0,3</td>
<td>2,4</td>
<td>22,3%</td>
</tr>
<tr>
<td>06 Rechnungshof</td>
<td>5,4</td>
<td>2,1</td>
<td>1,3</td>
<td>2,0</td>
<td>6,1%</td>
</tr>
<tr>
<td>10 Bundeskanzleramt</td>
<td>46,2</td>
<td>4,0</td>
<td>4,0</td>
<td>38,2</td>
<td>8,4%</td>
</tr>
<tr>
<td>11 Inneres</td>
<td>99,4</td>
<td>9,1</td>
<td>9,1</td>
<td>81,2</td>
<td>2,3%</td>
</tr>
<tr>
<td>12 Äußeres</td>
<td>59,4</td>
<td>12,6</td>
<td>21,9</td>
<td>24,9</td>
<td>4,5%</td>
</tr>
<tr>
<td>13 Justiz</td>
<td>211,9</td>
<td>35,8</td>
<td>35,8</td>
<td>140,4</td>
<td>9,8%</td>
</tr>
<tr>
<td>14 Militärische Angelegenheiten und Sport</td>
<td>98,3</td>
<td>98,3</td>
<td></td>
<td>98,3</td>
<td>4,2%</td>
</tr>
<tr>
<td>15 Finanzverwaltung</td>
<td>689,3</td>
<td>28,9</td>
<td>3,1</td>
<td>657,3</td>
<td>55,2%</td>
</tr>
<tr>
<td>16 Öffentliche Abgaben</td>
<td>3,7</td>
<td></td>
<td></td>
<td>3,7</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Rubrik 2 - Arbeit, Soziales, Gesundheit u. Familie</strong></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>20 Arbeit</td>
<td>120,4</td>
<td>120,4</td>
<td></td>
<td>120,4</td>
<td>1,4%</td>
</tr>
<tr>
<td>21 Soziales und Konsumentenschutz</td>
<td>21,4</td>
<td>21,4</td>
<td></td>
<td>21,4</td>
<td>0,7%</td>
</tr>
<tr>
<td>22 Pensionsversicherung</td>
<td>0,0</td>
<td></td>
<td></td>
<td>0,0</td>
<td>0,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>23 Pensionen - Beamten und Beamte</td>
<td>455,6</td>
<td>455,6</td>
<td></td>
<td>455,6</td>
<td>4,9%</td>
</tr>
<tr>
<td>24 Gesundheit</td>
<td>52,0</td>
<td>52,0</td>
<td></td>
<td>52,0</td>
<td>4,9%</td>
</tr>
<tr>
<td>25 Familie und Jugend</td>
<td>10,0</td>
<td>10,0</td>
<td></td>
<td>10,0</td>
<td>0,1%</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Rubrik 3 - Bildung, Forschung, Kunst und Kultur</strong></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>30 Bildung und Frauen</td>
<td>88,9</td>
<td>88,9</td>
<td></td>
<td>88,9</td>
<td>1,0%</td>
</tr>
<tr>
<td>31 Wissenschaft und Forschung</td>
<td>400,1</td>
<td>42,5</td>
<td>357,6</td>
<td>357,6</td>
<td>8,2%</td>
</tr>
<tr>
<td>32 Kunst und Kultur</td>
<td>25,3</td>
<td>25,3</td>
<td></td>
<td>25,3</td>
<td>5,6%</td>
</tr>
<tr>
<td>33 Wirtschaft (Forschung)</td>
<td>45,2</td>
<td>45,2</td>
<td></td>
<td>45,2</td>
<td>43,2%</td>
</tr>
<tr>
<td>34 Verkehr, Innov. u. Techn. (Forschung)</td>
<td>361,8</td>
<td>361,8</td>
<td></td>
<td>361,8</td>
<td>83,8%</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Rubrik 4 - Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt</strong></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>40 Wirtschaft</td>
<td>360,4</td>
<td>2,5</td>
<td>13,1</td>
<td>344,9</td>
<td>93,2%</td>
</tr>
<tr>
<td>41 Verkehr, Innovation u. Technologie</td>
<td>1.948,9</td>
<td>300,0</td>
<td>110,0</td>
<td>1.538,9</td>
<td>40,6%</td>
</tr>
<tr>
<td>42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft</td>
<td>677,0</td>
<td></td>
<td></td>
<td>677,0</td>
<td>31,7%</td>
</tr>
<tr>
<td>43 Umwelt</td>
<td>713,7</td>
<td>12,0</td>
<td></td>
<td>701,7</td>
<td>115,4%</td>
</tr>
<tr>
<td>44 Finanzausgleich</td>
<td>225,3</td>
<td></td>
<td></td>
<td>225,3</td>
<td>23,4%</td>
</tr>
<tr>
<td>45 Bundesvermögen</td>
<td>3.407,8</td>
<td>20,5</td>
<td>3.387,3</td>
<td>3.387,3</td>
<td>412,2%</td>
</tr>
<tr>
<td>46 Finanzmarkstabilität</td>
<td>4.917,8</td>
<td>100,0</td>
<td>151,5</td>
<td>4.666,3</td>
<td>685,0%</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Rubrik 5 - Kassa und Zinsen</strong></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>51 Kassenverwaltung</td>
<td>395,0</td>
<td></td>
<td></td>
<td>395,0</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>58 Finanzierungen, Währungstauschverträge</td>
<td>3.944,6</td>
<td></td>
<td></td>
<td>3.944,6</td>
<td>83,6%</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Summe</strong></td>
<td>19.416,3</td>
<td>511,2</td>
<td>417,3</td>
<td>18.487,8</td>
<td>23,9%</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: BMF, eigene Berechnungen.
AutorInnen

**Romana Brait** ist Referentin für öffentliche Haushalte in der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien; Mitglied im Vorstand des BEIGEWUM (Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen). Romana.BRAINT@akwien.at

**Georg Feigl** ist Referent für öffentliche Haushalte und europäische Wirtschaftspolitik in der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien sowie im Redaktionsteam von blog.arbeit-wirtschaft.at; Darüber hinaus ist er als Lektor an der Universität Wien sowie der WU Wien tätig und im Vorstand des BEIGEWUM (Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen) aktiv. Georg.FEIGL@akwien.at

**Markus Marterbauer** ist Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien, Vizepräsident des Fiskalrates und Universitätslektor. Markus.MARTERBAUER@akwien.at

**Bruno Rossmann** Referent für öffentliche Haushalte in der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien und Abgeordneter zum Nationalrat; Budgetsprecher der Grünen. Bruno.ROSSMANN@akwien.at

**Tobias Schweitzer** ist stellvertretender Abteilungsleiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien, Mitglied des Fiskalrates. Tobias.SCHWEITZER@akwien.at
<table>
<thead>
<tr>
<th>Heft</th>
<th>Thema</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>133</td>
<td>Die Sachgüterproduktion Österreichs: Entwicklung und gesamtwirtschaftliche Bedeutung im internationalen Vergleich, Oktober 2014</td>
</tr>
<tr>
<td>134</td>
<td>Chancengleichheit in Österreich - Bildungs- und Einkommenskorrelationen von Geschwistern, November 2014</td>
</tr>
<tr>
<td>135</td>
<td>Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Zeitreihen 1995-2013, Dezember 2014</td>
</tr>
<tr>
<td>137</td>
<td>Drivers of wealth inequality in euro area countries, Februar 2015</td>
</tr>
<tr>
<td>138</td>
<td>Implementing the Golden Rule for Public Investment in Europe – Safeguarding Public Investment and Supporting the Recovery; März 2015</td>
</tr>
<tr>
<td>139</td>
<td>Haben und Nichthaben in der Vermögensgesellschaft - Vermögensarten und Vermögenstypen: Eine Auswertung des European Household Finance and Consumption Survey (HFCS); März 2015</td>
</tr>
<tr>
<td>140</td>
<td>Der Berufs- und Branchenstrukturwandel der Beschäftigung in Österreich 1991-2012, April 2015</td>
</tr>
<tr>
<td>141</td>
<td>Of Proprietors and Proletarians - Inequality, Household Indebtedness, Macroeconomic Imbalances and the Ownership Society; April 2015</td>
</tr>
<tr>
<td>142</td>
<td>Analyse des Bundesfinanzrahmengesetzes 2016 bis 2019 - Spielraum für Beschäftigungspolitik; Juni 2015</td>
</tr>
<tr>
<td>143</td>
<td>Freizeitoption - Evaluierungsupdate einer arbeitszeitpolitischen Innovation; Juni 2015</td>
</tr>
<tr>
<td>144</td>
<td>Wissens-Spillovers und regionale Entwicklung; Juli 2015</td>
</tr>
<tr>
<td>145</td>
<td>Strukturwandel und regionales Wachstum – Wissensintensive Unternehmensdienste als „Wachstumsmotor“?, September 2015</td>
</tr>
<tr>
<td>147</td>
<td>Budgetanalyse 2016, Wichtigste Budgetpolitische Herausforderung: Arbeitslosigkeit senken, November 2015</td>
</tr>
<tr>
<td>148</td>
<td>Arbeitszeiten in Österreich: Zwischen Wünschen und Realität; Dezember 2015</td>
</tr>
<tr>
<td>149</td>
<td>Bequests and the Accumulation of Wealth in the Eurozone; Februar 2016</td>
</tr>
<tr>
<td>150</td>
<td>Länder-Gemeinde-Transferverflechtungen; April 2016</td>
</tr>
<tr>
<td>151</td>
<td>Aufgabenorientierter Finanzausgleich am Beispiel der Elementarbildung; April 2016</td>
</tr>
<tr>
<td>152</td>
<td>Budgetanalyse 2016-2020, Mai 2016</td>
</tr>
<tr>
<td>153</td>
<td>Reichtum – Legitimation und Kritik; Juni 2016</td>
</tr>
<tr>
<td>154</td>
<td>Das europäische Schattenbankensystem; Juli 2016</td>
</tr>
<tr>
<td>155</td>
<td>Wem gehören die größten Unternehmen Österreichs?; Juli 2016</td>
</tr>
<tr>
<td>156</td>
<td>The Political Economy of Income Distribution: Industry Level Evidence from Austria, September 2016</td>
</tr>
<tr>
<td>157</td>
<td>The Gender Wealth Gap Across European Countries, September 2016</td>
</tr>
<tr>
<td>158</td>
<td>Moving Regulation out of Democratic Reach: Regulatory Cooperation in CETA and its Implications, September 2016</td>
</tr>
<tr>
<td>159</td>
<td>Überlegungen zur fairen und nachhaltigen Ausgestaltung eines Pensionskontensystems, Oktober 2016</td>
</tr>
<tr>
<td>160</td>
<td>Different but equal? Classes, wealth, and perceptions in Europe; November 2016</td>
</tr>
<tr>
<td>161</td>
<td>Budgetanalyse 2017; November 2016</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Eigentümer, Verleger, Herausgeber und Vervielfältiger: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien; alle: 1041 Wien, Prinz Eugen-Straße 20-22, Postfach 534